

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Rechenexempel um die Lohnkürzung

Als der große Krach am 13. Juli einsetzte, wurde bekanntlich die Parole ausgegeben: es handle sich nur um eine „Vertrauenskrise“. Demgemäß gilt als wichtigstes Heilmittel die Wiederherstellung des Vertrauens. Und all die vielen großen und kleinen Ärzte, die wir an der Arbeit sehen, halten es für entscheidend wichtig, eine ruhige und sorglose Miene aufzusetzen. Wenn erst die große Masse glaubt, es sei alles wieder in Ordnung, dann wird es auch in Ordnung kommen. Das nennt man die „psychologische“ Wirkung. Wie immer in solchen Fällen, ist ein Fremdwort willkommen, um sich und anderen zu verschleiern, daß man im Grunde nichts weiß und nichts mitzuteilen hat.

Seitdem Anfang August die Banken wieder voll geöffnet sind und seitdem am 8. August auch die Sparkassen wieder voll auszahlen — d. h. voll ist eigentlich nicht das richtige Wort, denn sie halten sich vorläufig streng an ihre Kündigungsfristen, was sie vor dem Krach nicht so ängstlich taten —, seitdem tut man deshalb so, als sei alles wieder in Butter. Nur keine Angst merken lassen, dann wirds schon werden.

Na schön. Wir wollen diesen „heiligen Burgfrieden“ bis auf weiteres nicht stören. Obzwar sich eine Menge Fragen aufdrängen, auf deren Beantwortung man sehr neugierig sein darf. So z. B. wie es bei der „Gesundmachung“ der beiden verkrachten Großbanken im einzelnen zugegangen ist. Oder wo denn eigentlich die Zahlungsmittel hergekommen sind, die den Banken die Auszahlungen wieder ermöglichen. Wir fürchten sehr, es wird nicht lange dauern, bis man über diese und noch manche andere Fragen nicht mehr wird mit Stillschweigen hinweggehen können. Aber für heute wollen wir sie mal unerörtert lassen. Und da müssen wir denn schon sagen: unsere Großkopfeten haben den Dreh vorzüglich heraus. Sie tun schon so, als sei überhaupt nichts passiert; sie setzen schon ganz und gar wieder die Miene auf, die sie immer zur Schau trügen. Mit einem Wort, sie fangen genau da wieder an, wo sie am 13. Juli unterbrochen wurden; sie sind schon wieder drauf und dran, die Lohnsenkung als das einzige Mittel zu empfehlen, womit Deutschland, nämlich das kapitalistische Deutschland, gerettet werden könne. Wenn man nämlich all die einzelnen Vorschläge zusammenfaßt, die da gemacht werden, den sogenannten „freiwilligen“ Arbeitsdienst, die Kürzung der Arbeitslosen- und sonstigen Unterstützungen, die Verteuerung des Lebensunterhalts durch Absperrung der Einfuhr, durch Erhöhung der Wohnmieten usw. — kurz, all das, was sich heute unter dem neuen Schlagwort der „nationalen Selbsthilfe“ breitmacht, so laufen sie alle darauf hinaus, den Anteil der Arbeiterklasse am Produkt zu verkleinern.

Was grundsätzlich dazu zu sagen ist, hat die Metallarbeiter-Zeitung schon oft ausgesprochen. Heute möchten wir einmal an einem einfachen Rechenexempel zeigen, daß trotz der furchtbaren Opfer, die der arbeitenden Klasse bereits auferlegt worden sind und noch auferlegt werden sollen, die kapitalistische Wirtschaft mit diesen Mitteln auf die Dauer doch nicht gerettet werden kann.

Bezeichnen wir die ganze Summe, die die arbeitende Klasse in Deutschland heutzutage bekommt, mit 100, so ist dies selbstverständlich nur ein Teil der Gesteigungskosten der Unternehmer. Allgemein wird der Anteil des Arbeitslohns an den Gesamtkosten, je nach der erreichten technischen Höhe in den verschiedenen Produktionszweigen, mit 20 bis 50 vH angegeben. Nehmen wir an, er betrage im Durchschnitt genau ein Drittel oder 33 1/3 vH, dann belaufen sich die gesamten Gesteigungskosten auf 300. Es wird kaum von der Wirklichkeit abweichen, wenn wir weiter annehmen, daß beim Verkauf auf diese Unkosten durchschnittlich 40 vH aufgeschlagen werden. Daraus ergibt sich, daß die gesamten Waren für 420 verkauft werden. (Das können Hunderttausende oder Millionen oder Milliarden Mark sein.)

Setzen wir nun weiter den Fall, der Anteil der Arbeiterklasse werde um 20 vH gekürzt. Damit sinken die Unkosten von 300 auf 280, was schon nur 6 2/3 vH ausmacht. Dies ist wohl zu beachten: eine sehr große Lohnkürzung wirkt sich immer nur in einer sehr viel kleineren Produktionskostensenkung aus. Wenn nun die Unternehmer sich mit 40 vH Aufschlag auf die ermaßigten Kosten (280) begnügen, so können die Verkaufspreise bis auf 392 sinken (von 420), was wiederum eine Gesamtverbilligung der Waren um 6 2/3 vH ausmacht. Ob die Unternehmer so bescheiden sind, hängt ganz von den Konkurrenzverhältnissen ab. Streben werden sie jedenfalls danach, den Preis nur um dieselben 20 zu senken, die sie am Lohn sparen. Und wenn ihnen das gelingt, dann sinken die Warenpreise nur auf 400 oder um 4 1/3 vH. Wir sehen, eine Lohnsenkung um 20 vH führt unter Umständen nur eine Warenverbilligung um 4 1/3 vH herbei.

Das ist aber erst die eine Seite der Sache, der Arbeiter als Produzent. Betrachten wir ihn nun als Käufer. Mindestens 1/3 des heimischen Produkts werden im Inland verkauft. Vom Gesamtprodukt 420 waren das 315. Hier-von kauften die Arbeiter (vor der Lohnsenkung) 100, die übrigen Klassen 215. Die Ausfuhr betrug 105. Setzen

wir nun den Fall, das Gesamtprodukt sei infolge der Lohnsenkung auf 400 verbilligt. Nach dem alten Verhältnis würden dann kosten:

der bisherige Anteil der Arbeiter	rund 95
„ „ „ „ anderen Klassen	„ 205
„ „ „ „ Ausfuhr	„ 100
	400

Die Arbeiter haben aber bloß noch 80, können also mehr als das nicht kaufen. Die überschüssenden 15 können und wollen die Unternehmer selbst nicht verbrauchen. Sie wollen ja Kapital bilden, um die Produktion zu vergrößern. Also bleibt nur übrig, die Ausfuhr um rund 15 vH zu steigern. Das ist gewiß nicht unmöglich, aber es geht nur, wenn man die ausgeführten Waren noch viel billiger abgibt. Das wird ja auch immer als

ein wichtiger Zweck der Lohnkürzung angegeben: damit wir billiger ins Ausland verkaufen und dort die Konkurrenz aus dem Felde schlagen können. Wenn nun aber die Ausfuhr um so viel stärker verbilligt werden, dann reicht eine Steigerung der Ausfuhr um 15 vH nicht hin, sie muß noch stärker vergrößert werden, um nur denselben Betrag an Geld einzubringen wie bisher. Ob es überhaupt gelingt, die Ausfuhr so im Handumdrehen um, sagen wir, mindestens 20 vH zu vergrößern, ist mehr als zweifelhaft, weil ja das Ausland Gegenmaßnahmen ergreifen wird. Aber wenn es gelingt — dann ist es auch noch so. Denn dann ist ja nur der bisherige Stand der Produktion mit Mühe und Not aufrecht erhalten. Es handelte sich aber gerade darum, die Produktion auszu dehnen.

So sehen wir, daß der Kapitalismus selbst mit dem verzweifelten Mittel der fortgesetzten Lohnkürzung — dem einzigen, das ihm zur Verfügung steht — doch nicht imstande ist, die Produktionsvermehrung, ohne die er nicht leben kann, zu verwirklichen, sondern nur uns alle immer tiefer ins Elend hineinreißt. I b y k u s.

Der Volksentscheid vorbeigelungen

Der Volksentscheid für die Auflösung des Preussischen Landtags ist nun geschehen. Anstatt der nötigen 13,3 Millionen Wähler haben nur 9,8 Millionen oder 37 vH der Wahlberechtigten mit Ja gestimmt. Damit ist der Volksentscheid verloren. Das derzeitige preussische Parlament bleibt weiter. Mit der „großen Abrechnung“ war es nichts. Die politische Narretei sondergleichen ist umsonst gespielt worden.

Man erinnert sich, daß der Stahlhelm den Volksentscheid verlangt hatte. Durch ihn sollte der jetzige Preussische Landtag und dadurch die preussische Regierung, an deren Spitze zwei Sozialdemokraten stehen, beseitigt werden. Zu diesem Zwecke hatten sich ein Gewürz von neun reaktionären Parteien zusammengefunden, denen der kunterbunte Haufen von vaterländischen Verbänden Hilfsleistung leistete. In der langen Reihe dieser Verbände waren zu finden der Alldeutsche Verband, der Bund Königin Luise, die Deutsche Adelsgenossenschaft, der Deutsche Offiziersbund und der Reichsbund ehemaliger Kadetten. Es hatten sich, wie man sieht, die ausgesprochensten Feinde der Arbeiterschaft und des Fortschritts vereint. Zu dieser nobligen Gesellschaft hatte sich dann die kommunistische Partei gesellt, um mit ihr — proletarischen Freiheit eine Gasse zu bahnen. Der Zuwachs aus dem kommunistischen Lager trieb die Siegeshoffnung der Reaktion auf die höchste Höhe: sie hielt nun die Auflösung des Preussischen Landtags für bombensicher; sie sah sich schon als Gebieter in Preußen, und sie schwebte schon darin, was sie dann alles diktieren werde. Was das sein sollte, hat der Stahlhelmführer Busch in einer Versammlung in Aachen mit letzter Deutlichkeit ausgesprochen:

„Man wird, wenn der Volksentscheid gelingt, zu Hungerlöhnen arbeiten müssen. Der Zwölfstundentag wird Tatsache werden. Die Arbeitsdienstpflicht wird bis zur letzten Konsequenz durchgeführt. Man wird wieder lernen müssen, Schwarzbrot zu essen. In den Arbeitslagern wird man sich mit 20 Pf. Stundenlohn begnügen müssen. Man wird die Männer zur Zwangsarbeit in die Fabriken führen.“

Das war also das Ziel, das die Väter des Volksentscheids, die Stahlhelmer, verfolgten. Sie hätten es indessen mit den reaktionären Haufen allein nie erreicht. Erst als die Kommunisten in die Einheitsfront einschwenkten, hielten sie das Ziel handgreiflich nahe.

Zum Glück für die Arbeiterschaft, einschließlich der kommunistischen, haben sich die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften mit allen Kräften der kommunistisch-nationalistischen Koalition entgegen gestellt. Wäre das nicht geschehen, die deutsche Arbeiterschaft hätte eine beträchtliche Vermehrung ihrer jetzt schon unerträglichen Drangsal er-

fahren. Gewiß hat es auch kommunistische Arbeiter in Masse gegeben, die jetzt ihren Führern die Gefolgschaft schlankweg versagten. In welchem Umfange dies der Fall gewesen ist, läßt sich leider an dem Stimmresultat zahlenmäßig nicht feststellen. Aus mehrfachen Mitteilungen aus den Betrieben jedoch wissen wir, daß kommunistische Kollegen sich gegen den „Roten Volksentscheid“ mit Worten äußerten, die in keinem Wörterbuche stehen. Und jetzt nun, wo der große „Tag der Abrechnung“ vorbei ist, scheint über die gesamte kommunistische Kollegenschaft die Stunde des Ölbergs gekommen zu sein. Sie will einfach nicht mehr an den „Roten Volksentscheid“ erinnert sein. Sie wird wohl aber noch oft daran erinnert werden, nicht nur von ihren reaktionären Koalitionsgenossen, sondern auch von ihren proletarischen Klassen-genossen.

Mit dem Ausgang des Volksentscheids sind wir wieder beim Ausgangspunkt der Krise angelangt. Die berechtigte Freude über das Ergebnis darf jedoch nicht vergessen lassen, daß die Gefahr nur zurückgedrängt, aber nicht beseitigt ist. Wenn in ein paar Monaten der Preussische Landtag erneuert werden muß, wo über klare Parteiparolen abgestimmt wird, dürfte das Ergebnis weniger erfreulich sein. Die Zeit bis zu dieser Wahl kann nicht genug für die Beweisführung ausgenutzt werden, daß die republikanische Staatsform jeder anderen überlegen ist, und die amtlichen und parteimäßigen Träger der Republik sollten sich erstens etwas mehr jene Beweisführung angelegen sein lassen, zum andern die Angriffe auf die Republik und ihre Einrichtungen abwehren. Das gilt für die obersten wie für die unteren Stellen der Republik, einschließlich ihrer Justiz. Mehr republikanischer Bekennermut, ausgedrückt durch Taten, könnte wahrhaftig nicht schaden.

Die sozialistischen Arbeitermassen haben sich immer, wenn sie eine Ausdrucksmöglichkeit hatten, unzweideutig für die Republik bekannt und sie mit ihren Fäusten geschützt. Wenn die amtlichen Stellen der Republik fortan nur die Hälfte dieser Tatkraft aufbrächten, wäre schon viel gewonnen. Die Arbeitermassen haben für ihre diesen Staat erhaltende Tätigkeit nie einen Dank erhalten, nie einen verlangt. Aber sie glauben doch mindestens erwarten zu dürfen, daß oben nicht mit den gebornen Feinden der Republik geteufelt und ihnen mit Blumensträußen entgegengegangen wird. Wenn hierin nicht endlich eine radikale Änderung eintritt, dann wird der Erfolg vom 9. August bald wieder und womöglich unwiderbringlich dahin sein.

Das gilt für das politische Gebiet. Daß nun endlich und unbedingt auch etwas auf wirtschaftlichem Gebiet für die Masse von proletarischen Staatsbürgern von der hohen Obrigkeit geschehen muß, das sei heute nur angedeutet.

Die Sozialistische Internationale

Die beiden Wege aus der kapitalistischen Drangsal

F. K. Just an den Tagen, wo vor 17 Jahren die Kriegsfurie zu wüten begann, war in Wien der Kongreß der Sozialistischen Internationale beisammen. Mit ihren Vertretern hatten sich Zehntausende von Männern und Frauen, von Jungen und Mädchen aus anderen Ländern eingefunden zu einer sportlichen Heerschau von einer Größe und Eindrucksfülle, wie man sie kaum je gesehen. Zum Unterschied gegen früher gab es diesmal keine Auseinandersetzungen über theoretische Fragen. Diesem Kongreß wurden von den Nöten der Gegenwart höchst praktische Aufgaben von schwerlich zu überschätzendem Gewicht gestellt. Und seine Aufgaben wurden ihm eingeschärft von Hiobspösten von Bankzusammenbrüchen und andern Gebrechen der kapitalistischen Welt. Kriegswahnsinn, Faschismus und Wirtschaftskrise lasten schwerer denn je auf der Menschheit. Diese Geißeln bedrohen die einfachsten Voraussetzungen des menschlichen Daseins. Wenn es irgendeine Macht gibt, die berufen ist, die dreifaltige Drangsal zu meistern, dann die Weltgemeinschaft derer, die am meisten darunter zu leiden hat. So war denn die meiste Zeit des Kongresses diesen Geißeln und ihrer Bändigung gewidmet. Als die Lage Deutschlands und Europas behandelt wurde, traten die Wirtschaftskrise und der

Faschismus ganz in den Vordergrund. Deutschland ist zurzeit am gefährlichsten von diesen beiden Geißeln heimgesucht. An seiner Lage können die anderen Länder ihre eigene Zukunft ermessen. Gewiß kann man der Meinung sein, daß in andern Ländern die Wirtschaftskrise schwerlich zu einer der Katastrophe bedenklich nahelkommenden politischen und sozialen Spannung führen kann. Denn erstens ist anderwärts, ist in England wie in Belgien, in Amerika wie in Frankreich, die Demokratie viel mehr mit dem Volksboden verwurzelt; zum andern sind dort die besitzenden Klassen denn doch ein wenig klüger als in Deutschland, und sie werden es sich daher wahrscheinlich angelegen sein lassen, es egen

Aus dem Inhalt

Rechenexempel um die Lohnkürzung — Der Volksentscheid vorbeigelungen — Die Sozialistische Internationale	Seite 253
Die Regierung rettet die Banken	254
Der Stalltip — Das Leben der Marie Szameitat	255
Menscheiterwache! — Bundesausschußsitzung des ADGB — Die Flüssigkeit der Arbeiterbank	256
Die Gewerkschaftspresse in der Krise — Klage und Widerklage — Der Kämpf gegen den Überfluß	257

wirtschaftlichen Unerlässlichkeiten nicht zur katastrophalen Zuspitzung kommen zu lassen. Dessenungeachtet glauben alle sozialistischen Parteien, daß sie verpflichtet sind, dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht ohne auswärtige Kredithilfe bleibt. Denn ohne sie würden noch viel mehr Betriebe zum Erliegen kommen, noch viel mehr Arbeiter entlassen werden und sich die Verzweiflung verallgemeinern und verschärfen, kurz es würde gerade das gefördert, worauf die reaktionären Mächte ihre Hoffnung setzen. Für die Lage Deutschlands und Europas war der Führer der österreichischen Sozialdemokraten, Otto Bauer, als Hauptredner erkoren. Ihm wurde die gespannteste Aufmerksamkeit zuteil. Den Höhepunkt seiner Rede bildete, wie wir glauben, die Darlegung der beiden Wege, auf denen die Arbeiterklasse aus dem kapitalistischen Höllental kommen kann. Die Frage nach einem solchen, nach dem besten Weg, wird bekanntlich millionenfach gestellt und recht verschieden beantwortet. Otto Bauer erklärt: Zwei Wege sind möglich. Zunächst der der Gewalt, der Diktatur — der russische Weg. Auf diesem Wege kann die Arbeiterschaft in den Besitz der Produktionsmittel kommen und die kapitalistische Klasse samt ihren Vorrechten zermürben. Aber auf diesem Wege werden, wie Rußland zeigt, auch die Freiheiten und Errungenschaften der westeuropäischen Arbeiterschaft zermürbt und das bißchen Wohlstand, was sie noch haben mag. Dieser Weg kostet der Arbeiterschaft zuviel Opfer an Gut, Freiheit und Wohlfahrt, als daß von ihr verlangt und erwartet werden kann, ihn zu beschreiten. — Der andere Weg ist der sozialistisch-demokratische. Diesen Weg wollen wir beschreiten, weil wir auf die Bürgschaften der persönlichen und politischen Freiheit, auf die Selbstbestimmung des Volkes nicht verzichten, sondern sie dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zugrunde legen wollen.

Bei der Betrachtung der beiden Wege taucht indessen gleich die Frage auf, ob der zweite Weg überhaupt gangbar sein wird. Der Zustand verschiedener Staaten zwingt nachgerade zur Verneinung dieser Frage. Hierauf antwortet Otto Bauer: Wir können uns nicht darüber täuschen, daß die Gangbarkeit des Weges der Demokratie nicht von uns allein abhängt. Wenn den Arbeitern der demokratische Weg versperrt wird, dann mögen die herrschenden Klassen nicht darüber im Unklaren sein, daß die Millionen Sozialdemokraten auf den neuen Boden treten und sich den neuen Kampfmethoden anpassen werden; daß sie mit an der Spitze sein und im ersten Schützengraben kämpfen werden.

In Sachen der Kredithilfe für Deutschland war der Kongreß einhellig der Meinung, daß sie ohne jede politische Bedingung gewährt werden müsse. Den Parteien der drei großen Staaten, die hierfür in Frage kommen, wurde dringend ans Herz gelegt, alles für die Geldhilfe einzusetzen. Diese Entscheidung ist für den Kongreß ebenso ehrend wie selbstverständlich. Es dürfte indessen schon um der ausländischen Parteien willen gut sein, in dieser Sache ganz real zu

denken. Von England und Amerika wird zurzeit kaum auf eine Kredithilfe zu rechnen sein, weil dort Kredithilfen für innere Nöte sehr dringlich sind, ganz abgesehen von der Frage, ob dort die Bankkrisen überhaupt noch Neigung haben, noch mehr Geld nach Deutschland fließen zu lassen. So bleibt nur noch Frankreich. Es wünscht aber Sicherungen, weil ohne sie die Geldhilfe in dem hier notwendigen Umfange nicht flüssig zu machen sei, und die französischen Sparer oder Geldgeber Bürgschaften dafür wünschten, daß das geliehene Geld nicht gegen ihr Land verwendet wird. Welche Sicherungen im einzelnen verlangt werden, hat die französische Regierung bisher unterlassen, bekannt zu geben. Der deutschen Regierung aber sind sie bestimmt kein Geheimnis. Um in dieser heiklen Sache zu einem ersprießlichen Schluß zu kommen, müßten von deutscher Seite selbst Sicherungen angeboten werden. Solange dies nicht geschieht, wird auch der nachdrücklichste Druck der französischen Sozialdemokratie im Sinne der Wiener Entscheidung erfolglos bleiben. Das muß man sich gegenwärtigen, sollen nicht Illusionen entstehen, die sich für die sozialistischen Parteien schädlich auswirken müssen.

Es bedarf keiner Begründung, daß die Feinde der Arbeiterklasse aus der Wirtschaftskrise, aus der Not und der Verzweiflung, die sie gebiert, Kraft und Hoffnung saugen. Was Wunder, daß die Wirtschaftskrise und ihre Behebung alle Beratungen des Kongresses überschatteten. Er hat seine Meinung über diese wichtige Sache in einer Entschließung niedergelegt, wofür der schweizerische Vertreter Grimm eine eindrucksvolle Rede hielt. An der langen Entschließung fällt zunächst die Feststellung auf, „daß alle Bemühungen des Völkerbundes, die Wirtschaft dem Gesamtinteresse anzupassen, bis jetzt versagt haben. Der Völkerbund kann in seiner jetzigen Gestaltung die ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllen“. Diese Erkenntnis bedeutet gegen frühere Entschließungen oder Auffassungen der Internationale immerhin einen Fortschritt. Es ist zu begrüßen, daß eine längst wenn auch noch nicht allgemein erkannte Tatsache ihren Niederschlag in einem Beschluß der Internationale gefunden hat. Es werden sich daraus, so sollte man annehmen, etliche Konsequenzen für die praktische Tätigkeit der verschiedenen Teile der Internationale ergeben. Im weiteren verlangt die Entschließung die 40stündige Arbeitswoche, demokratische Kontrolle der Wirtschaft, Sozialisierung der Schlüsselindustrien, staatliche und genossenschaftliche Handelsmonopole, Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens usw.

Alle diese Forderungen sind für den deutschen Gewerkschafter nichts Neues; er und seine Organisation haben sie wiederholt gestellt. An was es aber bislang erklecklich gebracht, das war die Entschlossenheit oder die Macht, sie durchzusetzen. Es gibt eben kein Heil für die Arbeiterklasse ohne die Erhöhung ihrer Macht. Wenn von diesem Kongreß, wie wir glauben, ein frischer Antriebe zur Erhöhung der Macht der gesamten Arbeiterklasse ausgeht, dann hat er vollbracht, was von ihm füglich erwartet werden konnte.

Gratisbrot für alle

In dem Berliner Tageblatt wurde kürzlich folgende Frage aufgeworfen: Wenn jedem Bewohner der Städte Wasser und andere lebensnotwendige Dinge gegen ein geringes Entgelt die Wohnung geliefert werden, warum kann dann nicht das Brot oder die Kommune auch das notwendige Brot gratis oder gegen geringe Bezahlung in den gewünschten Mengen liefern? Diese Frage wurde in einer Beilage des Blattes vom 2. August durch verschiedene Zuschriften zu beantworten versucht. Für die Lieferung des Gratisbrotes durch die öffentliche Hand sprechen folgende Gründe: 1. Es kann niemand verhungern; 2. Der Staat ermöglicht das Leben, das er erzwingt; 3. Behebung des Warenverkehrs, Milderung der Krise; 4. Der Radikalisierung wird eingedämmt; 5. Neuregelung der Produktion. Dagegen werden folgende Gründe in den Zuschriften herausgearbeitet: 1. Der Mensch lebt nicht von Brot allein; 2. Beeinträchtigung des Arbeitseifers; 3. Eingriff in die freie Wirtschaft; 4. Entwertung des Brotes; 5. Widerstand der Interessenten.

Die Lieferung von Gratisbrot durch den Staat oder die Gemeinde wird Sache der Zukunft sein. Schon heute werden die Unterstützungsbedürftigen teilweise nicht mit Geld, sondern mit lebensnotwendigen Waren unterstützt. Daß die Einführung eines solchen Systems mit nicht geringen Schwierigkeiten zu rechnen hat, ist erklärlich. Aber die Pflicht der Gemeinwesen auch den geringsten Mitbürger gegen Verhungern zu schützen dürfte bald zu einer anerkannten Notwendigkeit werden. Die heute noch geltende Auffassung vom staatlichen und privaten Leben dürfte recht bald der Vergangenheit angehören. Die Macht des Staates im Wirtschaftsleben wächst von Tag zu Tag. Das haben gerade die Vorkommnisse in den letzten Wochen in Deutschland bewiesen. Eine sozialistische Gesellschaft, deren Hauptaufgabe die Sorge um das Gemeinwohl sein wird, wird solche Probleme unschwer zu lösen vermögen.

Kartell- und Zollwucher muß fort

Unsere inländischen Warenpreise bewegen sich längst auf einer unerträglichen Höhe. Im Auslande können Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren zu viel niedrigeren Preisen gekauft werden als in Deutschland. Darauf ist es gütenteils zurückzuführen, daß die Krise in Deutschland so schlimm geworden, und die Schwierigkeit, sie zu mildern, dermaßen groß ist. Deshalb scheint es uns zwingend, Kartellfeiertage einzutreten zu lassen. Die Mitglieder der Kartelle müssen vom Preiszwang befreit werden.

Große Gruppen der deutschen Fertigfabrikation sind schwer vorbelastet durch zoll- und kartellgeschützte Rohstoffe. Im Ruhrgebiet zum Beispiel liegen riesige Kohlenmengen unverkäuflich auf den Halden, die Millionen an Zinsen, Lagerung usw. verschlingen. Durch eine Verbilligung der Kohlenpreise würde zweifellos der Konsum im In- und Ausland angeregt. Verhindert wird das Räumen der Kohlenhalden durch das festgefügte, jetzt auf zehn Jahre verlängerte Ruhrkohlen-syndikat. Man will lieber die Kohlen weiter auf Halden stürzen und die Förderung einschränken, ehe man sich bereit erklärt, die Preise auf ein erträgliches Maß herabzusetzen.

Wie bei der Kohle, ist es bei Eisen, Stickstoff, Papier und vielen anderen Produkten. Der Inlandskonsum muß von diesen zusätzlichen Preiserhöhungen endlich einmal befreit werden. Dazu muß eine Lockerung der Schutzzölle treten. Es handelt sich in erster Linie um die Produkte der Landwirtschaft. Keineswegs läßt es sich jetzt rechtfertigen, von der deutschen Bevölkerung einen Überpreis von etwa drei Milliarden Mark im Jahr zu verlangen. Große Schichten der großstädtischen Bevölkerung sind heute kaum in der Lage, sich satt zu essen. Diese sind es aber auch, die die zusätzliche Subvention für die Landwirtschaft aufbringen müssen.

Man hätte erwarten sollen, daß bei der Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, der Löhne und Gehälter ein Gegenwert durch billige Nahrungsmittelpreise geboten worden wäre. Im Gegenteil, hier und da ist noch eine Erhöhung der Zölle eingetreten. In großen Kreisen der Bevölkerung wird einer erneuten Lohn- und Gehaltssenkung das Wort geredet. Selbst Blätter wie die Frankfurter Zeitung, das Berliner Tageblatt, der Volkswirt und andere erklären, daß eine (weitere) Lohnherabsetzung unvermeidlich sei. Hier sieht man wieder: wie groß auch der Meinungsunterschied zwischen der schwerindustriellen Reaktion und der linksdemokratischen Presse sein mag, darüber sind sie alle einig, daß der arme Teufel mit seinen Lohnroschen für die Sünden der Wirtschaftsführer zu büßen hat. Sie sind gleichmäßig freigebig mit dem trockenen Brot des armen Teufels. Es dünkt uns, daß die Lohnklauserei nun lange genug getrieben und ihre Gefährlichkeit für die Wirtschaft klar genug zutage getreten sei, so daß man endlich damit aufhören und sich ersprießlichen Wegen der wirtschaftlichen Gesundung zuwenden sollte.

Auf die neueste Ankurbelung des Lohnraubes erklärt die Arbeiterschaft ebenso deutlich wie entschieden, daß nun endlich mit der Senkung der Warenpreise, der Mieten, der Renten der hohen Pensionäre usw. begonnen werden muß. Das heißt, daß mit den Wucherzöllen und dem Kartell- und Zollwucher abgefahren wird. Es ist nicht einzusehen, warum die Arbeiter deren Einkommen die letzte Zeit auf verschiedene Weise gequetscht worden ist, noch länger mit ihren Brotbissen die Unfähigkeit der Industriellen und Agrarier bezahlen soll.

Der Fürsorgestaat der Reichen

Im „Reichsbanner“ schrieb kürzlich Anton Erkelenz: „Es war wohl 1926 oder 1927, als die Gebrüder Mannesmann mit ihren Werken in Remscheid und Aachen in finanzielle Schwierigkeiten gerieten. Da erinnerten sie sich wieder ihrer sagenhaften Bergwerkskonzessionen in Marokko. Die waren zwar heute noch wertloser als 1911, denn inzwischen hatte Frankreich Marokko ganz eingesteckt. Und inzwischen war der Weltkrieg gewesen. Aber diese Nicht einmal auf dem Papier stehenden Bergwerkskonzessionen waren immer noch wertvoll genug, damit das Deutsche Reich ein Darlehen darauf gäbe. Stressmann hat uns, den damaligen Parteiführern, auseinandergesetzt, daß die Bergwerkskonzessionen in Marokko der letzte Rest von kolonialem Besitz seien. Das Reich müsse alles tun, diesen „Besitz“ zu erhalten. Sehr namhafte Herren des heutigen Kabinetts haben sich damals für diese Ansicht warm eingesetzt. Mannesmann erhielt vom Reich ein Darlehen von acht Millionen. Ob er die „Bergwerkskonzessionen“ dafür verpfänden mußte, weiß ich nicht. Aber die Mannesmann-Betriebe sind dennoch verkracht. Das Geld ist verloren. Vielleicht werden irgendwie in der Vermögensübersicht des Reichs diese acht Millionen noch aufgeführt.“

11,6 Millionen Tonnen Ruhrhalden

Die Kohlenberge an der Ruhr umfassen 11,6 Millionen Tonnen oder 116 Millionen Doppelzentner. Diese riesige Kohlenmenge hat einen Wert von rund 200 Millionen Mark. Die Ruhrkohle kostete Ende 1913 14 M. Jetzt wird eine Tonne Stückkohle I mit 20,10 M verkauft. Der Preisaufbau ist also nicht gering. Man sollte erwarten, daß die Ruhrindustriellen schleunigst ihre Halden zu verringern bemüht sein müßten. Wir sind überzeugt davon, daß eine Preisermäßigung selbst in dieser Zeit eine Verstärkung des Kohlenabsatzes mit sich bringen würde. Warum geht man nicht diesen einfachen und einzig wirksamen Weg? Sucht nach hohem Profit!

Die Regierung rettet die Banken

Das Reich war gezwungen, die Banken zu retten, da ohne Banken, die den Zahlungs- und Kreditverkehr abwickeln, die Wirtschaft nicht funktionieren kann. Die Frage ist aber, weshalb die Banken in eine Lage gerieten, daß sie vom Reich gerettet werden mußten. Der Hinweis auf den Abzug von Auslandskrediten reicht zur Begründung nicht aus. Trotz der Kündigung der Auslandsgelder hätten die Banken ihren Zahlungsverkehr aufrechterhalten können, wenn sie Solidarität geübt hätten. Nachdem die Selbstsucht der Banken den Kreditmechanismus zerstörte, mußten Reich und Reichsbank mit Anstrengung aller ihrer Kräfte den Banken beispringen, damit der Zahlungsverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Auf welche Weise diese Rettung der Banken erfolgte, dafür können die Worte kaum hart genug sein.

Die Aufgabe bestand darin, den Zahlungsverkehr der Banken zunächst wiederherzustellen. Dazu mußten vor allem Banknoten genug von der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden, um die beunruhigten Einleger, die statt Guthaben unbedingt Banknoten haben wollen, zu befriedigen, bis sie von weiteren Abhebungen Abstand nehmen und die Banknoten den Banken wieder zurückbringen. Nach langem Zögern hat sich dazu die Reichsbank entschlossen, und nachdem die technischen Vorbereitungen durch Gründung der Akzept- und Garantiebanks hierzu geschaffen wurden, konnte der Zahlungsverkehr der Banken aufgenommen werden. Schon hier muß man aber auf zwei schwerwiegende Punkte hinweisen. Erstens auf die stiefmütterliche Behandlung, die den öffentlichen Banken und Sparkassen bei ihrer Versorgung durch die Reichsbank zuteil wurde. Nicht zu Unrecht wurde hervorgehoben, daß im Generalrat der Reichsbank lauter private Bankdirektoren, geschworene Feinde des öffentlichen Bankwesens, sitzen, denen es nur sehr gelegen ist, wenn das Vertrauen ins öffentliche Bankwesen erschüttert wird. Der zweite Punkt: Das Kapital zur Gründung der Akzept- und Garantiebanks wurde zum Teil vom Reich gestellt, zum Teil vom Reich gesichert, das Risiko dieser neuen Bank wurde der öffentlichen Hand aufgebürdet. Aufsichtsrat und Leitung der Akzeptbank wird jedoch von den privaten Bankleuten beherrscht.

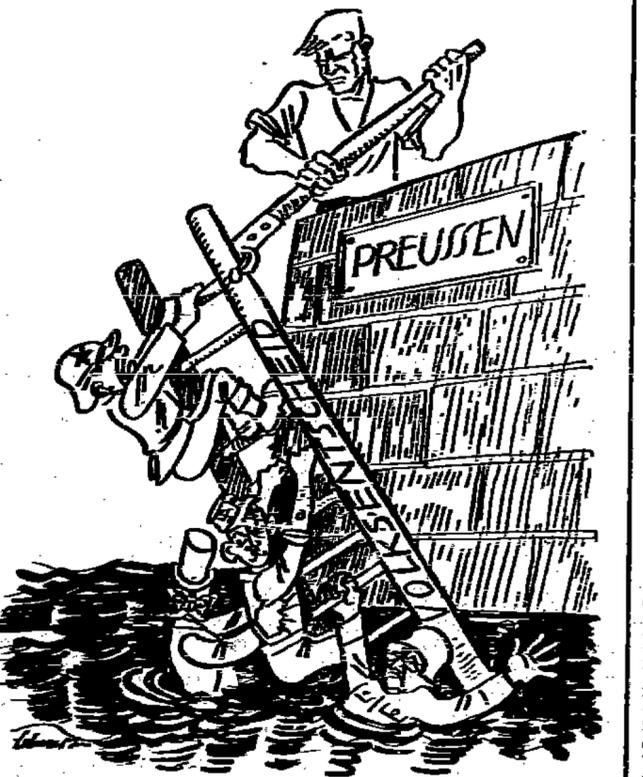
Und nun die Rettung von Großbanken, die dem Ansturm der Einleger besonders stark ausgesetzt waren. Es gab einen Weg dazu, eben den der Solidarität, der auch noch nach dem Montanorium gangbar ist. Dieser Weg war die Ausgestaltung des in der Krise gegründeten Überweisungsverbandes. Hätte man diesen Überweisungsverband, der dem Zweck dient, Banken, denen mehr Guthaben abgezogen werden als ihnen solche zufließen, die entsprechenden Kredite zu geben, hätte man diesen Überweisungsverband mit einem größeren Kapital als hundert Millionen Mark ausgestattet, hätte man die Mitglieder des Verbandes verpflichtet, jene Kredite unbeschränkt gegenseitig zu gewähren, so wären die Großbanken zunächst gerettet.

Die Regierung verzichtete nun darauf, einen solchen Zwang anzubringen. Hätte sie dem Überweisungsverband auch Kapital beigesteuert, so hätte man das in dieser Lage übernehmen können. Was aber tat die Regierung? Sie hat der Danat-Bank, für deren Verbindlichkeiten sie gleich nach Ausbruch der Panik die Reichsgarantie übernahm, zur Auffüllung des Aktienkapitals einen Betrag von 43 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, doch nicht, um diese Bank in den Staatsbesitz zu überführen, sondern um mit diesem Geld die Bank einer Anzahl von Großbankkonzessionen, des Hauptkreditors der Danat-Bank, anzuschließen. Diese hat das Reich die 43 Millionen Mark, mit der sie die Aktienmehrheit der Danat-Bank erworben, auf fünf Jahre zinslos geliehen, nach fünf Jahren sollen dann die Unternehmungen die Schuld in Raten abtragen. Wenn die Danat-Bank daran gehen muß, ihre Forderungen einzutreiben,

so haben Schwerindustrie und Hugenberg die begründete Hoffnung in Ruhe gelassen zu werden, während die kleinen und mittleren Bankkunden zur Rückzahlung ihrer Schulden gezwungen werden.

Die andere Großbank, die Dresdner Bank, erhielt vom Reich die Zuwendung von 300 Millionen Mark zur Stärkung des Aktienkapitals. (Das Reich erhält Vorzugsaktien.) Bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches wäre keine Kleinigkeit. Mit dieser Zuwendung ist das Reich heute der Besitzer der Aktienmehrheit geworden, — wir haben jedoch noch nichts davon gehört, daß die öffentliche Hand auch die Leitung dieser Bank übernimmt.

Wenn es nach den Wünschen des Bank- und Industriekapitals geht, die von der Regierung jetzt gerettet wurden, so müßte es heißen: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen, — und sie würden mit den Mitteln der Gesamtheit und auf deren Kosten weiter nach Willkür schalten und walten. Den Verlust soll die Allgemeinheit tragen, der Gewinn und die Macht sollen bei ihren alten Besitzern bleiben. Gegen diese „Lösung“ muß die Arbeiterschaft, die Hauptleidtragende der Kreditkrise, schärfsten Protest erheben. Sie fordert, daß das Reich die Zügel in die Hand nehme und mit größter Beschleunigung ein System der Kontrollorgane schaffe, um die Banken unter eine scharfe staatliche Kontrolle zu stellen.





Familie und Heim



Der Stalltip

Pauline kramte unruhig in ihrer Tasche. „Nanu?“, sagte sie dann. Sie schüttete den Inhalt der Tasche auf den Tisch. Neun Straßenbahnfahrtscheine fielen heraus, ein Handschuh, drei Schlüssel, ein Stück Spiegel, vier Zentimeter Bindfaden und ein leeres Klemmerretul. „Faul“, rief sie dann. Ihr Mann trat ins Zimmer.

„Was is'n los?“

„Hast du mir meine zwanzig Mark aus der Tasche genommen?“

„Ja“, sagte Paul, „ich dachte, du merkst es nicht. Ich habe nämlich einen Tip bekommen für das heutige Rennen. Ganz große Sache. Außenseiter. Zahlt mindestens dreißigfaches Geld.“

„Du fliegst immer auf so etwas rein. Dabei verlierst du seit Jahren Stock und Kragen.“

„Wer ernten will, muß säen. Aber diesmal — Hannibal — totsichere Sache. Ein Stalltip. Mein Friseur hat einen Freund, und dessen Freund ist der Schwager von dem Bruder des Trainers. Und dazu habe ich mir die zwanzig Mark genommen.“

„So? Damit du das Geld auch wieder verlierst?“

„Das geht mich gar nichts an. Das ist mein von mir verdientes Geld. Dafür kann ich mir Zucker über den Rücken blasen lassen! Verstanden?“

Da klopfte es.

„Störe ich?“, trat der Nachbar ins Zimmer.

„Nein, Herr Fummel, kommen Sie nur herein.“

Fummel guckte bedächtig.

„Ich dachte, ich störe. Ich dachte wirklich, ich störe. Bei euch ist doch wohl so ein kleiner Familienkrach, was?“

„Nein, nein“, schluckte Pauline. Aber Paul nutzte die Gelegenheit:

„Doch, Herr Fummel, hier ist Krach. Sie haben schon ganz richtig gehört. Bei uns ist egal Krach, das weiß schon das ganze Haus. Wenn ich die Treppen hinuntergehe, schaut mich alles mitleidig an. Ich kann mir leid tun. Wenn ich ein Bier trinke, ist Krach! Wenn ich ein frisches Handtuch will, ist Krach! Wenn ich Skat spiele, ist Krach! Immer und ewig egal Krach! Ich sage Ihnen, das hängt einem schon zum Halse heraus. Wissen Sie, was heute war? Ich habe aus der Wirtschaftskasse, also von meinem eigenen, selbstverdienten Geld, mir zwanzig Mark genommen, um damit zum Rennen zu gehen.“

„Richtig“, nickte Fummel, „Sie sollen ein passionierter Wetter sein. Ihre Frau hat es mir erzählt.“

„Hat sie das?“, wurde Paul immer wütender, „das ist ja reizend! Das hat sie erzählt? Nun gerade, nun setze ich gerade diese zwanzig Mark, und es tut mir direkt leid, daß ich damit heute bestimmt gewinne. Denn Hannibal gewinnt heute, eine ganz totsichere Sache, da können Sie Gift darauf nehmen.“

„Wenn das so sicher ist“, sagte Fummel, „müßte man sich doch eigentlich auch mit hereinhängen.“

„Natürlich, holen Sie Ihren Hut. Kommen Sie mit.“

„Das hat keinen Zweck“, wehrte Fummel. „Alle beide müssen wir nicht hinausgehen. Da genügt einer. Wenn es Ihnen recht ist, fahre ich allein und setze für Sie.“

Paul sah das ein. „Das können wir machen. Zusehen und die Pferde angucken, macht mir sowieso keinen Spaß. Mir kommt es nur auf den sicheren Gewinn an. Hier sind die zwanzig Mark“, aber vergessen Sie nicht: Drittes Rennen, Hannibal, Sieg.“

„Keine Sorge.“

„Jetzt entschuldigen Sie mich wohl“, verabschiedete sich Paul, „ich bin froh, wenn ich hier aus dieser Heulbude herauskomme. Ich sehe Sie ja heute Abend, wenn Sie mir das Geld bringen.“

Damit ging er aus dem Zimmer.

Pauline weinte immer noch.

„Liebe Frau Gautsch“, trat jetzt Fummel zu ihr, „habe ich das nicht fein gemacht?“

„Wieso? Das bleibt sich doch Wurscht wie Schale, wer das Geld setzt.“

„Ich werde es aber nicht setzen, Frau Gautsch. Ich gehe überhaupt nicht hinaus. Und am Abend bringe ich Ihrem Mann die 20 Mark zurück, und wir erzählen ihm alles. Da wird er froh sein, sein Geld wiederzusehen. Sie haben mir schon so oft Ihr Leid geklagt, daß ich mir diesen kleinen Trick ausgedacht habe, als ich zu Ihnen herüberkam.“

„Das ist aber sehr schön von Ihnen“, lächelte Pauline erlöst, „aber“, stiegen ihr wieder Bedenken auf, „Sie versprechen mir ganz fest, nicht zu setzen? Ehrenwort?“

„Ehrenwort. Ich verspreche es Ihnen.“

Sechs Stunden waren vergangen. Es klopfte. Fummel trat ins Zimmer. „Da wäre ich wieder.“

„Und? Hannibal? Hat er gewonnen?“

„Nein. Leider nicht.“

„Was? Wieder nicht? So ein Pech! Jetzt sind die 20 Mark futsch. Man soll sich nicht auf solche Stalltips verlassen! Ich fliege immer damit herein. Aber das schwöre ich, niemals, niemals in meinem Leben wette ich wieder. Das schöne, gute Geld!“

Fummel kam jetzt mit seiner Überraschung. „Da brauchen Sie sich nicht aufzuregen“, sagte er, „Ihre 20 Mark bekommen Sie wieder.“

„Wieso?“

„Ich habe sie nicht gesetzt.“

„Das ist ja — das ist ja fabelhaft, Fummel!“, sprang Paul froh auf, „das ist ja herrlich von Ihnen. Sie sind wirklich ein Prachtmensch! Das werde ich Ihnen nie vergessen! Ihr habt ja alle ganz recht. Man setzt sein gutes Geld nicht auf Pferde. So ist es mir lieber, als wenn ich gewonnen hätte. Beim nächsten Male wäre es wieder verloren worden. Da, Pauline, hast du die 20 Mark wieder. Nein, so ein Glück! Wer hat denn übrigens das Rennen gemacht?“

„Keine Ahnung. Ich war überhaupt nicht draußen. Ich verstehe überhaupt nichts von Pferden und dem ganzen Wettbetrieb. Aber die Rennresultate habe ich für Sie unten gekauft. Hier sind sie.“

Paul riß die Zeitung auseinander.

„Erstes Rennen“, las er — „zweites Rennen — drittes — aber er hat doch gewonnen — Hannibal, mit zwei Längen — 520 : 10!“

„Unmöglich.“

„Da sehen Sie doch selbst! Hier steht es! Hannibal — 520 : 10 — das sind über tausend Mark für meine zwanzig Mark. Wo ist das Geld?“

„Aber — — —“

„Keine dummen Scherze, Fummel! Der Spaß war gut, aber alles muß einmal ein Ende haben. Raus mit der Pinkepinke.“

„Ich versichere Ihnen, Herr Gautsch“, stotterte Fummel, „ich habe das Geld nicht gesetzt, ich habe — — —“

„Ach so?“, kam Paul ein Verdacht, „Sie wollen mich wohl beschummeln? Sie wollen wohl das Geld für sich behalten? Jetzt, wo Hannibal gewonnen hat, haben Sie einfach nicht gesetzt. Und wenn er verloren hätte, dann hätten Sie natürlich gesetzt gehabt, und mein Geld wäre futsch gewesen. Nee, mein Verehrtester, auf solche Zicken lasse ich mich nicht ein. Sie werden hübsch bezahlen!“

„Aber so fragen Sie doch Ihre Frau“, stieß Fummel aufgeregt hervor.

Jetzt aber saß Pauline auf dem hohen Roß: „Ich weiß von nichts“, sagte sie, „ich weiß nur, daß Sie von meinem Mann 20 Mark genommen und versprochen haben, den Betrag auf Hannibal zu setzen. Auftrag ist Auftrag. Sie müssen tausend Mark abliefen.“ — „Und zwar bald“, brüllte Paul, „sonst hole ich die Polizei, Sie Gauner.“

„Ich habe es doch nur gut mit ihnen gemeint, Herr Gautsch.“

„Das ist mir ganz schnurz. Ich bin durch Ihre Dummheit tausend Mark ein! Das lasse ich mir nicht gefallen! Dazu müssen Sie sich einen Dümmeren aussuchen!“

„Ihre Gattin hat mir doch selbst das Ehrenwort abgenommen!“

„Meine Frau lassen Sie gefälligst aus dem Spiel, Herr! Und machen Sie jetzt schleunigst, daß Sie hinauskommen! Entweder ist in einer Stunde das Geld bei mir, oder Sie haben schon morgen die Klage auf dem Halse, denn ich gehe in einer Stunde auf das Gericht und zeige Sie an. Gottseidank, ich habe ja einen Zeugen, meine Frau.“

Da nickte Pauline und sagte: „Ja, das hat er. Ich war dabei. Wir werden es Ihnen schon zeigen.“ Jo Hanns Rösler.

Schwer fällt ihr Kopf auf das Bett vor ihr. Ihre Hände zucken hoch und pressen sich auf die Schädeldecke, unter der ein tackendes Uhrwerk zu rasen scheint. Die Finger krallen sich ins Haar, zerran und reißen. Sie schreit auf, kreischt, schrillt, brüllt: „Alles! Alles! Nur das nicht! Gott im Himmel nur das nicht!“

Trotzdem der Arzt eindringlich und ernst Fritz zugeredet hat und der auch versprochen hat, nicht mehr zu trinken, kommt er jetzt spät nachts nach Hause, fängt um der lächerlichsten Kleinigkeiten willen Streit an, brüllt und rast wie in Tobsucht, schlägt Marie und jetzt sogar schon die Kinder; zerrümpelt bald dies, bald das, um dann plötzlich mit jähem Aufschrei, Schaum vor dem Munde, umzufallen und in Krampf sich zu winden. Das ist jetzt schon für Marie kein unbekannter Vorgang mehr, und das Mittel, das der Arzt verschrieben hat, ist bald täglicher Bedarf. Marie ist nahe daran, nicht mehr aufrecht bleiben zu können.

Hinzu kommt die Erniedrigung und Beleidigung des Klatsches, der sich im Hause an diesen Vorgängen mäuset. Sie sind plötzlich Mittelpunkt aller Gespräche. Die Nachbarn sind noch freundlich und grüßen herzlicher als je; aber, wenn Marie plötzlich aus der Tür tritt und auf die Nachbarn trifft, sind diese verlegen und wie ertrapt. Marie weiß genau, was das bedeutet. Die Sache steht schlimm für Marie. Auch der Hausverwalter hat schon mit ihr gesprochen und mit Kündigung gedroht, wenn das nicht aufhöre, „diese widerlichen Szenen und dieser Krach nachts, wenn andere Leute schlafen wollen.“

Marie verspricht Abhilfe, Besserung, sie verspricht alles, was man will. Aber sie weiß nicht, wie sie erfüllen soll.

Im allgemeinen vergehen die Tage wie früher. Marie versorgt wieder die beiden Aufwartestellen, schuftet und rackert sich ab, denkt, daß Fritz, der für einige Zeit wieder vernünftig wird, vernünftig bleibt und daß sie es schaffen wird. Da werden die beiden Kinder krank: Scharlach. Marie muß wieder die Arbeit aufgeben. Die Krankheit der Kinder treibt Fritz aus dem Hause. Alles fängt wieder von vorn an.

Nächte hindurch muß Marie an den Krankenbetten wachen und Opfer bringen, um die beiden winzigen Leben dem Tod abzukämpfen. Dazwischen immer wieder dieser Gedanke, der wie Sekundenschlag geht und kommt, kommt und geht: Fritz!

In drei Wochen schläft Marie vielleicht ganze drei Nächte. Sie selbst fühlt sich schwach und muß oft husten. In kurzer Untersuchung, nachdem sie am Krankenbett der Kleinen darüber klagte, stellt der Arzt fest: Schwindsucht im Entstehen. Verordnet: Viel frische Luft, sterilisierte Milch, Höhensonne. Marie lächelt traurig, aber schweigt.

Der Notgroschen ist nicht mehr. Jetzt geht sie Montags auf die Sparkasse, nicht mehr um hinzubringen, sondern um abzuholen. Marie ist schwach, aber sie steht noch. Sie sagt sich fast stündlich: Ich muß stehen bleiben, ich darf nicht zusammenbrechen.

Das vierte Jahr geht zu Ende. In der Silvesternacht bringt Marie ihr Kind zur Welt: Ein winziges, schwächliches Mädchen. In Marias Gedanken, die nur eines umkreisen: Fritz!, klingen Glocken, brechen Rufe von den Balkonen, krachen Raketen, knattern Frösche, Lachen und Scherbenklirren. Aber das alles sagt Marie nichts, prallt von ihr ab, ist nicht da. Sie denkt nicht einmal an das Kind, um das sich die Hebamme müht. Marie denkt nur an Fritz, der draußen in dieser gefährlichen Nacht ist.

Elternglück

„Sieh nur, wie fest umschlungen unser Brautpärchen sitzt.“

„Ja, wahrhaftig, man sieht gar nicht, wo Lina anfängt und Gottfried aufhört!“

Selbsterkenntnis

Eine kleine ungarische Zeitung brachte neulich folgenden Nachruf auf einen soeben verstorbenen Bürger der Stadt: „Herr Högedy hat viel in seinem Leben gelitten, er war Abonnent unserer Zeitung von ihrer ersten Nummer an.“

Der ehrliche Finder

Fox findet eine Brieftasche. Mit dicken Geldern. Fox ist ein ehrlicher Finder. Fox will den Fund in der Zeitung inserieren. Fox marschiert zur Inseratenannahme. Fragt: „Verzeihung — welche Zeitung hat bei Ihnen die kleinste Auflage?“

Frühmorgens kommt er. Betrunkener. Lachend. Lallend. Wirft sich ins Bett und schläft. Weiß nicht einmal, daß nebenan die Frau liegt. Mit einem Kind, das er gerufen hat. Er, der nichts davon weiß.

Marie liegt wach. Sie hört ihn kommen und aufs Bett fallen. Sie will nachdenken, sie will Gedanken fassen, sie will denken; aber sie weiß nicht: wie? Schließlich ist ein Gedanke da: Sterben! Aber schon ist ein neuer Gedanke, der entgegentritt: Ich darf nicht! Nach Stunden erst schläft sie ein. Für vielleicht eine halbe Stunde.

Dann geht das Leben weiter. Marie steht noch immer. Sie ist noch immer aufrecht. Die Sonne, die ins Zimmer scheint, ist gut. Sie macht mutig. Die Marie von jetzt versteht die Marie im Morgengrauen nicht. Marie wird es schaffen.

Marias Kampf ist schwer. Eine fürchterliche Schlacht: Trommelfeuer der Schicksalschläge und Sturmangriff der Enttäuschungen; und ringsum nur Stacheldraht und nirgends ein Unterstand. Aber Marie kämpft. Sie steht ihren Mann! Sie weiß! wofür!

Arzt und Apotheke haben fast das ganze „Kapital“ aufgefressen. Der schäbige Rest muß jetzt „Notgroschen“ werden. Eiserner Munitio für den Endkampf, wenn es dazu kommen sollte. So ist Geld knapp. Die Wirtschaft muß eingeschränkt werden. Die kleinen, aber wichtigen Dinge wie Bohnenkaffee, Nachtisch und dergleichen werden gestrichen. Kino und Grunewald sind nicht mehr.

Fritz, dadurch verärgert, bleibt immer mehr von Hause fort. Das ist für ihn nur mehr ein Sammelbegriff für Sorgen, Armlichkeit, schlechte Luft, Jammern, Krankheit und Kindergeplär, nur mehr eine Abladestelle für seinen Ärger und seine schlechte Laune. Das genügt für dort. Soll er da etwa auch noch sein schönes Geld abladen? Fritz denkt nicht daran. Er ist nicht schlecht. Er ist nur begrifflos, schwach und arm. Er hat Freunde und Freundinnen. Die sind lustig und ohne Vorwürfe; die sind immer besorgt um ihn und seine gute Laune.

Aber zu Hause? Ist denn das ein Leben? Er kann das nicht einsehen. Er bohrt die Hand in die Hosentasche. Da klappert es: der Wochenlohn. Heute ist Freitag, ja, und Freitag ist sein Glückstag. Und heute ist Rennen im Grunewald. Ein Kollege erzählt: Vorigen Sonntag gab es 650 für 10! Man denke sich das aus: 650 Mark für 10 Mark! Das wäre etwas für Fritz! Warum nicht? Warum soll nicht auch er — ?

Spätnachts kommt er an, beschmutzt und betrunken. Er gröhlt es Marie ins Gesicht: „Der Wochenlohn ist futsch! Die Kanaille ist ausgerissen. Auf dem halben Feld. Vorneweg warsel und dana alle!“ Er klatscht ihr das mitten ins Gesicht, trotzig und wiedernd. Er schämt sich, es ihr in Ruhe zu sagen. Er brüllt es ins Zimmer und duldet keinen Widerspruch.

Marie versteht nicht. Aber sie schweigt und fragt auch nicht. Sie denkt nur nach, rechnet und rechnet. Der „Notgroschen“ darf nicht angebrochen werden. So wird sie eben noch mehr arbeiten müssen. Wie, wird sich finden.

Die neue Woche. Zum erstenmal hat Marie kein Geld im Hause. Erst Ende der Woche bekommt sie Geld. Zum erstenmal muß sie, verlegen den Händler darum bittend, auf Borg holen. Die Kinder wollen essen. Nüchtern und ohne Erregung sagt sie es Fritz, der sich verlegen auf die Zähne beißt. Am anderen Tage bringt er Geld. (Wird fortgesetzt.)

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Arbeiterkreis GmbH“, Berlin 1931

XX.

Jetzt muß ihm Marie verraten, daß sie wieder schwanger ist. Sie scheint sich darüber zu schämen und wird rot.

Hastig, wie zur Entschuldigung, zuckt sie die Schultern hoch: „Was soll man dagegen machen? Wenn der Mann will. Und — es ist ja auch sein gutes Recht.“ Der Arzt sieht sie kurz prüfend und nachdenklich an: „Sie tun nichts dagegen?“

Marie mißversteht. „Was soll ich denn tun, Herr Doktor? Wenn ich mich wehre, dann gibt es Streit und ein böses Gesicht. Dann ist der Mann beleidigt.“ Und dann ist alles im Hause verkehrt. Und das will man ja gerade vermeiden.“ Er wird deutlicher. Jetzt erst versteht Marie. Sie schüttelt den Kopf, lächelt etwas traurig mitleidig. „Das ist gut sagen. Aber nicht immer gut tun. Und wenn auch, dann geht das eine Weile gut. Und dann ist's wieder soweit.“ Er: „Das mag ja alles stimmen, was Sie da sagen. Von Ihrem Standpunkt aus, ja. Aber das ändert nichts daran, daß Sie dann eben noch mehr sich in Acht nehmen müssen. Noch mehr, verstehen Sie!“

Marias Gesicht ist traurig und schwankt müde hin und her; die Stimme ist verloren und ohne Erwartung, als sie fragt: „Und wenn der Mann es nicht will, Herr Doktor? Oder wenn es so plötzlich über ihn kommt? Und man kann sich nicht wehren?“

Langsam geht der Arzt zur Tür. Schweigsam, etwas verlegen, weil er nicht antworten kann und nicht leere Worte dreschen will. Noch steht er an der Tür, bürstet mit dem Ärmel über den Hut, umständlich und lange. Schließlich ein Ruck, Atemblasen, kurzer Blick: „Jedenfalls — ich warne Sie! Sie erweisen den Kindern keinen Dienst damit. Im Gegenteil! Kinder in diesem Fall sind gefährlich, verstehen Sie? Also — ich habe Sie gewarnt.“

Marie antwortet nicht. Ihr Kopf ist gebeugt, ihre Blicke wandern über den Boden, ihre Gedanken sind keine Gedanken. Der Arzt sieht sie an, klopft auf ihre Schulter.

„Kopf hoch! Es wird vielleicht auch alles nur halb so schlimm sein. Es wird schon alles wieder werden!“ Und reicht ihr die Hand, die Marie wortlos, doch dankbar nimmt. Jetzt ist doch ein Gedanke da: Kopf hoch! Wie oft hat sie das schon gehört! Und plötzlich ist sie wieder stark, ist alle Schwäche von ihr geschwunden: Ihr Lächeln ist wieder Hoffen und nicht wie Versprechen dem Arzt zu.

Marie sitzt am Krankenbett. Sie hat die Nachbarin, die ihr gern den Dienst erweist, fortgeschickt. In das Restaurant, wo sie vorerst absagen muß. Marie muß jetzt nachdenken: Der Mann krank, muß gepflegt werden. Er bekommt zwar Krankengeld, aber das ist ja nur ein Tropfen. Sie kann nicht arbeiten, also auch nicht verdienen. Zum erstenmal werden die achtzehn Mark am Montag fehlen. Und zum erstenmal wird der Notgroschen angegriffen werden müssen. Gut nur, daß er da ist!

Der Mann in dem Bett da vor ihr ist jetzt ruhig geworden. Er schläft. Deutlich hört Marie seinen Atem gehen, deutlich sieht sie die Decke über seiner Brust sich heben und senken. Und doch: es ist so, als läge ein Toter da. Das Gesicht in den Kissens und die über dem Laken gefalteten Hände sind gelblich schimmernd; die Adern leuchten violett durch. Das Gesicht ist starr, maskenhaft, etwas nach links verzogen, daß die Zahnschmerzen durchschimmern; bewegungslos, ohne Leben. Marie fühlt wieder die Angst.

Was hat der Arzt gesagt? Was steckte hinter seinen Worten? Marie grübelt darüber nach, stundenlang, den Mann da vor sich. Das furchtbare Angstgefühl kommt wieder; die Furcht kriecht hoch: Jetzt ist ein Ende damit, mit dem Glück, mit dem Vorwärtskommen, mit dem Wegbereiten und dem Auf-Ziel-Losmarschieren! Jetzt ist Stillstand, noch Stillstand! Und dann? Was kommt danach? Was kann es anders sein als Rückgang, Verlieren, Frontaufgabe und Zusammenbruch.



Verbandsleben



Menschheit erwache!

Erst 17 Jahre sind seit jenen unvergeßlichen Tagen des August 1914 vergangen. Seit jener Zeit, als man begann, Tausende und aber Tausende junger Menschen, eine ganze hoffnungsvolle Generation, in den „Heldentod“ zu schicken. Vier Jahre lang wurden Väter von ihren Familien, Söhne von ihren Eltern getrennt, um den „deutschen Herd“, das „deutsche Vaterland“ vor den einbrechenden Horden des „Erbeindes“ zu schützen. Vier Jahre lang donnerten die Kanonen, knatterten die Maschinengewehre, wurden sauer verdiente Groschen des Volkes buchstäblich verpulvert. Vier Jahre lang währte das Morden in diesem Menschenschlachthaus, bis man sich endlich an den Fronten totgesiegt und in der Heimat totgehungert hatte. Die Rationen der Lebensmittelkarten reichten weder zum Leben noch zum Sterben: Kinder, Frauen, Greise starben an Unterernährung, sanken an Entkräftung dahin. Kohlrüben, gewürzt mit einer tüchtigen Portion Hurrageschrei, waren das Volksnahrungsmittel jener Zeit. Mit Kohlrüben schlief man ein, mit Kohlrüben wachte man auf — bis der Zusammenbruch kam.

All das haben wir erlebt, erlitten. Noch heute blüht die Menschheit aus den tausend Wunden, die ihr in jener Zeit geschlagen wurden. Noch heute seufzt Europa unter den Folgen dieses Blut- und Stahlbades.

Und doch ist schon so vieles wieder vergessen! Dreizehn Jahre nach Beendigung dieser beispiellos schrecklichen Blutkur. Schon jetzt gibt es wieder Menschen allerwärts, die zu einem neuen Krieg, einem neuen Völkermorden schüren und hetzen. Die Vernebelungskampagne von 1914 feiert heute wieder teilweise Auferstehung. Die Welt starrt mehr denn je in Waffen trotz aller schönen Friedensreden und Abrüstungskonferenzen. In Deutschland glaubt man die Kriegslust in der Bevölkerung durch „deutsche Tage“ und „vaterländische“ Paraden wieder erwecken zu können. Hier hält man es für angebracht, durch einen Hittiertag in Chemnitz, einen Stahlhelmtag in Breslau, einen Kavalleristentag in Dresden, dem „Erbeind“ die Stärke des deutschen Volkes vorzumonstrieren zu sollen. Vergessen sind bereits die 1 1/4 Millionen Tote, die Deutschland auf dem Felde der „Ehre“ lassen mußte. Vergessen die Leiden und Entbehrungen jener „glorreichen Zeit“. Große Teile des deutschen Volkes sind wieder vom Kriegstaumel befallen, wandeln im Halbschlaf ihrem Elend entgegen.

Diese Menschen gilt es in die Wirklichkeit zurückzurufen. Reißt sie heraus aus ihrem Wahn. Stellen wir sie mit beiden Füßen auf die Erde. Schreien wir ihnen entgegen: Erwacht! Erwacht!

Diese Aufgabe fällt uns freien Gewerkschaftern in allererster Linie zu. Weisen wir insbesondere die Jugend auf die Gefahren eines neuen Krieges hin. Denn sie wird es vor allem sein, die das Futter für die Kanonen und die Gasgranaten liefern muß.

Deshalb, du Arbeiterjunge und du Arbeitermädchel, laß dich nicht beirren. Gehe den Weg, den jeder klassenbewußte Proletarier diesseits und jenseits der Grenzen gehen muß. Komme zu uns! Reibe dich ein! Werde Gewerkschafter, werde Sozialist! Seid alle ein Glied in diesem „Bauvolk der kommenden Welt“. Denkt an euch und eure Kinder. Stimmt mit ein in den Ruf: Erwache, Menschheit, erwache!

Bundesausschußsitzung des ADGB

Am 10. August trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses zusammen.

In seinen einleitenden Ausführungen ging der Bundesvorsitzende Leipart von dem Ergebnis des preußischen Volksentscheids aus. Die rechtsradikalen Parteien, die zur Eroberung Preußens und damit Deutschlands in den Kampf gezogen seien, haben sich die erwartete und verdiente Niederlage geholt, deren Größe keine Schönfärberei in ihrer Presse verschleiern kann. Jetzt wird hoffentlich der hier und da aufgetretene Kleinmut überall verschwinden. Die Entscheidung vom 9. August klärt die innerpolitische Situation und fordert entschiedenes Handeln. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß die verantwortlichen Stellen in Preußen wie im Reich jetzt endlich durchgreifend die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen staats- und gesellschaftszerstörenden Elemente ergreifen. Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft aus dem gesinnungslosen Verhalten der kommunistischen Partei die notwendige Lehre ziehen wird. Die Masse der kommunistischen Anhänger ist am 9. August nicht zur Wahlurne gegangen. Sie haben sich dem Parteibefehl nicht gefügt. Diese Haltung der denkenden kommunistischen Arbeiter zeigt bereits die Entwicklung, die sich in den Reihen der Arbeiterschaft anbahnt. Es ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gewerkschafter, den Arbeitern zu zeigen, wofür sie der blinde Radikalismus der kommunistischen Partei führt, um endlich die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen und ihre Einheit wiederherzustellen. Die Ausführungen Leiparts, oft vom lebhaften Beifall der Verbandsvertreter unterbrochen, fanden die einstimmige Zustimmung des Bundesausschusses.

Dann erstattete Leipart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er schilderte die zur Behebung und Milderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage erhobenen Forderungen und eingeleiteten Schritte. Insbesondere protestierte er dagegen, daß die Reichsregierung vor den wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen, die sie in den letzten Wochen zu treffen hatte, die Gewerkschaften nicht zu Rate gezogen habe, während die Unternehmer und ihre Organisationen ständig in Führung mit dem Kabinett gestanden hätten. Es liege in der Linie dieser einseitigen politischen Stellungnahme, daß die Reichsregierung zwar das Geld für die Sanierung der Großbanken herbeigeholt, aber keineswegs dafür gesorgt habe, dem Reich entsprechenden Einfluß zu sichern. Schon jetzt zeige sich, daß da und dort nicht in zureichendem Maße für die Sicherheit der Lohnzahlungen gesorgt worden ist. Die Gewerkschaften werden weiter mit größter Entschiedenheit dafür sorgen, daß die Existenzsicherheit der heute noch arbeitenden wertaktiven Bevölkerung nicht gefährdet wird.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Fachausschusses für die Gewerkschaftspressen, Scheffler, über die Entwicklung der Gewerkschaftspressen, über ihre Anregung zu Familienblättern, die nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von den Angehörigen gelesen werden, sowie über Neuerrungen in der äußeren Aufmachung und im Versand der Blätter. Die Gewerkschaftspressen erreicht einen so weiten Leserkreis, wie kein anderer Zweig der deutschen Presse. Trotzdem wird sie heute noch keineswegs in ihrer Bedeutung gewürdigt, insbesondere wird sie noch von manchen beherrschenden Stellen bei Besprechungen ungenügend berücksichtigt. Der Fachausschuß wird nach wie vor bemüht sein, diese mangelnde Berücksichtigung zu beheben.

Der Bundesausschuß beschäftigte sich weiterhin mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes. Infolge der Bedeutungslosigkeit dieser Maßnahme wurde von einer besonderen Beschlussfassung Abstand genommen. Der Entwicklung der Dinge wird aber besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um zu verhüten, daß sich durch den freiwilligen Arbeitsdienst schädliche Wirkungen für die Lage der Arbeiterschaft ergeben.

Zum Gewerkschaftskongreß teilt Leipart mit, daß der Bundesvorstand beschlossen hat, den Kongreß zu einer reinen Arbeitstagung zu gestalten und alle Veranstaltungen festlicher Art, wie sie sonst Kongresse zu begleiten pflegen, zu unterlassen. Der Ernst der Zeit erfordere es, dem Gewerkschaftskongreß dieses Gepräge zu geben. An einem Tage wird der Kongreß eine öffentliche Tagung in Mainz abhalten.

Vom Arbeiterinnenkurs unserer Wirtschaftsschule

Eine Teilnehmerin an dem letzten Frauenkurs unserer Schule in Dürrenberg schreibt:

Daß eine Sonderschulung der weiblichen Funktionäre von großem Nutzen für die Organisation ist, veranlaßt den Vorstand unseres Verbandes, jedes Jahr einmal, und zwar in der Sommerzeit, für die Arbeiterinnen einen Kurs, der der gewerkschaftlichen Ausbildung dient, zu veranstalten. Dieses Jahr fanden sich vom 15. Juni bis 5. Juli 50 Kolleginnen aus den verschiedenen Teilen des Reiches in Dürrenberg zusammen, um über Wirtschaftsfragen, Fragen des Arbeitsrechts, des bürgerlichen Rechts und über die Gewerkschaftsbewegung, mit besonderer Berücksichtigung der Frau, zu erörtern.

Es war für alle teilnehmenden Kolleginnen trotz der geistigen Anstrengung eine Erholung von der schweren Fabrikarbeit. Gerade wir Frauen werden von der Rationalisierung besonders erfaßt, und es ist nicht leicht, auf die Dauer die doppelte Belastung durch Hauswirtschaft und Erwerbstätigkeit gesundheitlich zu ertragen. Manche Kollegin mag durch diesen Kurs das erstmalig in ihrem Leben solch schöne Ferien und Arbeitstage erlebt haben.

Der Unterricht selbst wurde in Form einer Arbeitsgemeinschaft geführt. Die Lehrer trugen das Material in leicht verständlicher Weise vor. Die Gegenstände: Die Frau und die Gewerkschaften — Die Entwicklung der Frauennarbeit — Die Frau in der Metallindustrie wurden von den Gastlehrerinnen Gertrud Hanna, Frieda Gladosch und Judith Grünfeld behandelt. Besondere Anteilnahme zeigten die Teilnehmerinnen auch, als Dr. Mimonewitsch über den § 218 sprach. Zahlreiche Fragen wurden von den Kolleginnen gestellt. Ist doch gerade dieser Paragraph für uns Frauen besonders wichtig und auch von großer politischer Bedeutung. Außer dem täglichen Unterricht wurden Ausflüge und Besichtigungen veranstaltet. Zum Beispiel nach Jena in die Schottwerke und das Planetarium, nach Leipzig in den Konsumverein und die Bundesschule des freien Arbeiter-Turn- und Sportvereins.

Die Teilnehmerinnen führten in dem dreiwöchigen Beisammensitzen ein gutes Gemeinschaftsleben. Rege Aussprachen fanden statt über Agitations- und Organisationsarbeit in den einzelnen Verwaltungsstellen. Ich konnte feststellen, daß es noch vieler Arbeit bedarf, ehe alle Verwaltungsstellen die Notwendigkeit der Sonderschulung der Arbeiterinnen anerkennen werden.

Wir können unser Ziel, die kapitalistische Wirtschaft umzuwandeln in die sozialistische, nur dann erreichen, wenn wir Frauen mit unseren Kollegen ein geschlossenes und klassenbewußtes Heer bilden.

Deshalb, Kolleginnen, meldet euch zu den Kursen unseres Verbandes, fördert mit allen Kräften die aktive Beteiligung der Kolleginnen am Verbandsleben, bildet Arbeiterinnengruppen zur regen Schulung der Frauen. Hat uns doch Kollege Handke vom Hauptvorstand in Dürrenberg in seinem Schlußwort aufgefordert, für die Aktivierung der Kolleginnen mit allen Mitteln zu wirken und sich nicht entmutigen zu lassen, wenn wir auf besondere Schwierigkeiten stoßen.

Auf uns Arbeiterinnen lastet doppelt schwer der Druck der Unternehmer und ihrer faschistischen Knechte. Nur als tüchtige Gewerkschafterinnen können wir gleiche Löhne für gleiche Arbeit und soziale Gerechtigkeit erlangen.

Käthe Kaden, Dresden.

Verdreifachung der Arbeitsgerichtsprozesse

Vor den deutschen Arbeitsgerichten wird alltäglich der Kleinkrieg zwischen Kapital und Arbeit ausgetragen. Die nicht geringen Reibungen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, kommen dort zum endgültigen Austrag. Das Arbeitsgerichtsverfahren ist durch die moderne Sozialgesetzgebung sehr wesentlich verbessert worden. Es dürfte in der ganzen Welt kein so freibeiwilliges Gesetz wie das deutsche Arbeitsgerichtsgesetz geben. Die Ausgestaltung dieses Gesetzes macht auch die stark gestiegene Zahl der Arbeitsgerichtssachen erklärlich. Für Preußen ergibt sich gegenüber der Vorkriegszeit folgender Vergleich: Im Jahre 1913 lagen den früheren Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 97 406 Fälle vor. Im letzten Jahre betrug die Zahl der Arbeitsgerichtssachen 289 037. Man beachte dabei, daß das heutige preußische Staatsgebiet kleiner ist als das im Jahre 1913. Trotzdem ist eine Verdreifachung der Inanspruchnahme der Arbeitsgerichte zu verzeichnen. Die für den als Kläger auftretenden Arbeiter täglich herausgeholtten Beträge wachsen in ihrer Gesamtheit zu Millionen an. Nur selten denkt einer, der vor den Arbeitsgerichten Recht bekam, daran, daß dieses Gesetz von den Gewerkschaften jahrzehntlang vorbereitet und durch den politischen Einfluß der Arbeiterschaft zustandekam.

Die Flüssigkeit der Arbeiterbank

Sowohl die Banken als auch die Sparkassen haben wieder ihre Schalter geöffnet und zahlen voll aus. Die Arbeiterbank kann aus diesem Bankenkrieg ruhmbekräftigt hervorgehen. Sie hat am Tage des Banksturms, am 13. Juli, voll ausgezahlt, und wäre auch fernhin ihren Verpflichtungen nachgekommen, wenn sie durch die Notverordnung nicht daran gehindert gewesen wäre. In einer Konferenz der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre führte kürzlich der Direktor der Arbeiterbank, Dr. Bachem, aus, daß die Arbeiterbank nach wie vor ihre Gelder so angelegt habe, daß sie zum größten Teil sofort greifbar seien. Die Schwierigkeiten der Privatbanken lägen daran, daß diese so außergewöhnlich große Kredite kurzfristig aus dem Ausland herbeigekommen hätten. Die Arbeiterbank sei niemals in die Verlegenheit gekommen, vom Ausland Geld borgen zu müssen. Es liegt in der Natur der Arbeiterbank, daß sie stets auf die höchste Geldflüssigkeit sehen müsse. Deshalb sei es auch kein Zufall gewesen, daß sie am 13. Juli voll auszahlen konnte.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 23. August, ist der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. August 1931 fällig.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit \ddagger bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegeld ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Postkosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Heidelberg. Die Auszahlung von Reisegeld wird vorübergehend eingestellt und nach Mannheim verlegt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse

der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)
Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Juli 1931

Krankenkasse:	
Einnahmen	125 638,59 M
Ausgaben	58 233,63
Mehreinnahmen	67 404,96
Kassenbestand am 1. Juli 1931	1 904 201,39
Kassenbestand am 31. Juli 1931	1 971 606,35
Sterbekasse:	
Einnahmen	79 046,25 M
Ausgaben	34 377,91
Mehreinnahmen	44 668,34
Kassenbestand am 1. Juli 1931	1 674 058,02
Kassenbestand am 31. Juli 1931	1 718 726,36

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)“, Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.

Hamburg, im August 1931

Der Vorstand

Carl Hoffmann, Magdeburg †

Am 12. August endete durch einen Herzschlag das Leben unseres Kollegen Carl Hoffmann, der zu den Pionieren der Arbeiterbewegung Magdeburgs zählt und ganz besonders am Aufbau unseres Verbandes beteiligt war. Im ersten Drittel der 1890er Jahre war noch in Magdeburg die Zahl der Metallarbeiter, die von der Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses überzeugt waren, verschwindend gering. Die Propaganda für den neugegründeten Deutschen Metallarbeiter-Verband fand damals in den Hauptbetrieben der Metallindustrie Magdeburgs geringes Verständnis. Das Unternehmertum maßregelte zudem die Gewerkschafter, und schloß Arbeiter, die für die Gewerkschaft agitierten, monatelang von der Beschäftigung in allen Betrieben Magdeburgs und Umgebung aus.

In jener Zeit hat der Verstorbene im größten Betrieb Magdeburgs, dem Krupp-Gruson-Werk, wo er nicht nur als Mensch von seinen Mitarbeitern, sondern auch als Fachmann von seinen Meistern und Ingenieuren außerordentlich geschätzt wurde, den Boden für die Organisation der Arbeiter im gewerkschaftlichen und politischen Sinne bearbeitet. Und die Saat ging auf. Sie trug Früchte. Der DMV wuchs nicht nur im Gruson-Werk, sondern auch in den übrigen Betrieben. Kollege Hoffmann leitete dann einen der größten Bezirke des DMV, Magdeburg, und sorgte dort für die Schulung der Mitglieder. Im Jahre 1906 wurde er in der Magdeburger Ortsverwaltung fest angestellt, eine Stellung, in der er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1926 verblieb. Neben seiner Haupttätigkeit für unseren Verband diente er der organisierten Arbeiterschaft auch in der Konsumgenossenschaft, in Krankenkassen, und arbeitete ebenso emsig mit in der SPD. Nun hat er, 69 Jahre alt, nach einem arbeitsreichen Leben die ewige Ruhe gefunden. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Kraftpost „Alpenwanderer“

RDV. Um für die neue, versuchsweise eingerichtete Kraftpostverbindung Lindau/Bodensee-Berechtesgaden quer durch die deutschen Alpen eine zugkräftige, originelle Bezeichnung zu finden, veranstaltete eine Münchener Sonntagszeitung ein Preisausschreiben. Das Preisgericht wählte aus der Unzahl der eingegangenen Vorschläge den Namen „Alpenwanderer“. Andere Einsender schlugen u. a. vor „Alpenpost“, „Edelweißpost“, „Luft ins Land“ und „Oberlander“.

Die Gewerkschaftspresse in der Krise

F. K. Die Presse der freien Gewerkschaften hat in kurzen Jahren einen erfreulichen Wandel erfahren, und er ist keineswegs auf Deutschland beschränkt. In Österreich, der Schweiz, Holland und in andern Ländern sind die Gewerkschaftsblätter, gewiß nicht alle, gleichfalls — mehr oder weniger nach deutschem Vorbild — ausgestaltet worden. Ständig treffen Zeitungen aus dem Auslande ein, die bald hier bald dort die besse Hand erkennen lassen. Darin wird es, wie wir hoffen und wünschen, weitergehen. Denn die Gewerkschaftspresse wird auch fürderhin der Verbesserung im Technischen wie im Sachlichen und im Sprachlichen bedürfen. Dafür wird es schon von außen her nicht an Antrieb fehlen.

Wir sind inmitten eines tiefgehenden geistigen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels. Wie immer sein Ergebnis sein mag, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird nach ihm ziemlich anders aussehen, und damit auch das Gedankenwerk der Menschen wie das agitatorische Rüstzeug der Gewerkschaften. Der gewaltige Wandel, der sich unter unsern Augen vollzieht, den wir miterleben und mitleiden, und den wir nachhaltig zu richten bestrebt sein müssen, stellt an die Gewerkschaftspresse ständig neue, ständig höhere Anforderungen. Den größeren und mannigfaltigeren Ansprüchen wird sie gerecht zu werden versuchen. Das kann ihr nicht schwer fallen, sientemalen sie die letzten Jahre einen vorzüglichen Beweis für ihr Können oder ihr Verständnis für die Notwendigkeiten der Zeit geliefert hat.

Der Beweis erstreckt sich auf alle Teile der Zeitung, auf Titelkopf, Schriftart, Auswahl des Stoffes und seiner Anordnung. Wie hoch man nun auch diese Änderungen veranschlagen mag, sie sind indessen geringfügig neben der Bereicherung des Inhalts.

Früher waren die Gewerkschaftszeitungen in der Regel von Männern für die Männer geschrieben. Daß sie auch für die Frauen und Kinder des Gewerkschaftsmitgliedes geschrieben sein mußten, wurde kaum je bedacht. Die Folge war, daß die Zeitung selten auf den familiärentlichen des Gewerkschafters kam; weder seine Frau noch seine Kinder verspürten Neigung, sie zu lesen. Der Inhalt war auch nicht so beschaffen, die Neigung zu fördern; er ward nicht darauf abgestimmt, den Geist zu fesseln und die Seele zu erwärmen. So blieb die Familie des Gewerkschafters unberührt von dem Tun und Denken seiner Organisation. Dieser Mißstand kam ihr teuer zu stehen. Nicht nur, daß der Beitragskassierer auf Verständnislosigkeit und Unwilligkeit bei den Frauen stieß, auch die Jugend trat ohne gewerkschaftlichen Sinn ins Leben und mußte später unter schwierigeren Umständen erst gewerkschaftlich gewonnen werden, weil die leichte Werbemöglichkeit im elterlichen Haushalt nicht genutzt worden war.

Diesen und noch anderen Mißständen wird jetzt dadurch begegnet, daß die Zeitung für die Frau wie für die erwachsenen Kinder des Gewerkschafters anziehend, lesbar gemacht ist. Die meisten deutschen Gewerkschaftsblätter haben heute eine Unterhaltungsseite mit Kurzgeschichten und Romanen, mit Aufsätzen über Gesundheitswesen, Kindererziehung und dergleichen, ja selbst der Humor wird nicht vergessen. Kurz, die Gewerkschaftszeitung ist zu einem Familienblatt geworden, und das in dem Sinne, daß jedes Familienmitglied in der Zeitung etwas findet, das es reizt und fesselt. Freilich dient der Inhalt der Unterhaltungsseite nicht der Unterhaltung an sich, sondern er soll die Anleitung, ein gelinder Zwang sein, sich mit den gewerkschaftlichen Gedankengängen vertraut zu machen. Anders ausgedrückt, der Unterhaltungsstoff soll letzterens nichts anderes sein, als gewerkschaftliche Propaganda am familiärentlichen mit hierfür paßlichen Mitteln.

Der Zeitungsschreiber kann nur durch Schreiben handeln, und der Erfolg seines Handelns ist mehr mittelbar, das heißt, er braucht längere Zeit zum Sichtbarwerden. Das ist die Regel, die in unserm Falle durch Ausnahmen eindrucksvoll bestätigt wird, Ausnahmen, die jeder sehen kann. Was früher jubiläumsselten war, geschieht heute in unzähligen Fällen: die Frauen bestehen bei den Beitragskassierern und ihren Männern nachdrücklich darauf, daß die Gewerkschaftszeitung prompt mitgebracht wird, oder die Frauen gehen zum Verbandsbüro, um die Zeitung selbst in Empfang zu nehmen, und der Angestellte hat eine garstige Viertelstunde zu überstehen, wenn die Zeitung einmal nicht pünktlich zur Stelle ist. Aus zahlreichen Mitteilungen weiß ich, daß die Frauen und ihre erwachsenen Kinder, die anfangs die Zeitung nur des Unterhaltungsstoffes wegen öffneten, jetzt auch den trockenen oder schwierigen Stoff aufmerksam, zum Teil recht kritisch lesen und dadurch mit dem gewerkschaftlichen Streben und Wirken vertraut geworden sind. Von dergleichen war vor kurzem noch kaum die Rede.

Daß diese erfreuliche Anteilnahme der Frauen und Jugendlichen an der Gewerkschaftssache in hohem Maße der (neugearteten) Gewerkschaftspresse zu verdanken ist, dürfte schwerlich bestritten werden. Auch dagegen wird man kaum etwas einwenden, daß diese Anteilnahme der Mütter, die das künftige Gewerkschaftsgeschlecht erziehen, und der Jungen, die bald mit an dem Strange der Alten ziehen sollen, für die Gewerkschaftsbewegung von höchster Bedeutung ist. Denn dadurch, daß außer den Männern auch die Mütter und Kinder gewerkschaftsreif gemacht werden oder sind, ist eigentlich der endliche Erfolg unserer Sache verbürgt.

Noch in anderer Hinsicht ist jetzt ein wohlthätiger Einfluß der Gewerkschaftspresse zu merken. Wie die Arbeiterklasse im allgemeinen, so hat die Gewerkschaftsbewegung im besonderen seit Jahr und Tag Wind und Wetter im Gesicht. Fast jede proletarische Familie hat einen oder mehrere Angehörige in dem Heer der Kurzarbeiter oder vor den Stempelstellen. Mit jedem neuen Stempel, der auf die Unterstützungskarte gedrückt wird, werden auch Geist und Seele der Arbeitslosen und ihrer Familien mehr gedrückt. In einer solchen beispiellosen Trostlosigkeit, wo Lohnforderungen nicht gestellt oder durchgesetzt werden können, ja Lohnabzüge oft nicht zu

verhindern sind, ist natürlich die Anziehungskraft der Gewerkschaft geringer, und ihre Bindfähigkeit wird der schwersten Probe ausgesetzt. Überdies wird die wirtschaftliche Trostlosigkeit von allerhand Demagogen und Quacksalbern, von Wortradikalen und Seichtbeuteln weidlich zur Verwirrung und Zersplitterung der organisierten Arbeiterschaft ausgenutzt. Angesichts der ungeheuren seelischen Zermürbung durch die wirtschaftliche Not und der höllischen Wühlarbeit gegen die gewerkschaftliche Organisation könnte es wahrlich nicht wundernehmen, wenn sich die Reihen der freien Gewerkschaften erheblich lichteteten, zumal dies früher bei unendlich geringerer Arbeitslosigkeit und ohne diese planmäßige Gewerkschaftsspalterei gewöhnlich der Fall gewesen ist.

Allein, trotz der millionenfältigen Arbeitslosigkeit und der nicht mehr steigerungsfähigen Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums, und trotz der skrupellosesten Wühlerei politischer und sonstiger Geschäftemacher gegen die freien Gewerkschaften, hat sich deren Mitgliedschaft zahlenmäßig und stimmungsmäßig vorzüglich gehalten.

Diese Wetterfestigkeit der Gewerkschaften ist zweifelsohne ihrem tatkräftigen Eintreten für die Arbeiter und ihrem vorzüglichen Unterstützungswesen zu-

zuschreiben. Dennoch ist der Anteil der Gewerkschaftspresse an dem erfreulichen Stande der Dinge nicht gering. Durch ihre Neugestaltung, dank ihrer größeren Gediegenheit in Aufmachung und Inhalt, hat sich die Zahl ihrer Leser wie deren Aufmerksamkeit erhöht. Sie erfaßt und beeinflußt dadurch heute einen bedeutend stärkeren Teil der gewerkschaftlichen Gemeinschaft; sie hält mehr als einst die Alten im gewerkschaftlichen Bann und zieht die Frauen und Jungen mit hinein. Hierdurch wird die Widerstandsfähigkeit gegen die gewerkschaftsfeindliche Demagogie wie auch die gewerkschaftliche Treue der Mitglieder unzweifelhaft beträchtlich erhöht.

Durch die Krise wurde die Bedeutung der Gewerkschaftspresse noch in anderer Hinsicht erhöht. Hunderttausende von Gewerkschaftsmitgliedern sind nicht mehr imstande, sich ein sozialistisches Tageblatt zu halten; für sie ist die Verbandszeitung zum einzigen Mittel der Unterrichtung und der Verbindung mit der Klassengenosenschaft geworden. Dadurch ist die Gewerkschaftspresse in noch höherem Maße zu dem Mittel geworden, das sozialistische Gold in beruflich gangbarer Scheidemünze in Fabrik und Haushalt zu verbreiten. Das wird übrigens allseitig anerkannt. Daher die viel stärkere Nachfrage nach der Verbandszeitung. Daher die engere Verbundenheit zwischen Gewerkschaft und Gewerkschaftsfamilie. Daher die erfreuliche Treuefestigkeit der Mitglieder in dieser zermürbenden Krise zu ihrer Organisation.

Klage und Widerklage Zwischen den Schwerindustriellen und dem DMV

In dem Rahmentarifvertrag mit dem Arbeitgeber-Verband Nordwest wurde durch den Schiedsspruch des Ministers Severing vom Dezember 1928 eine Bestimmung eingefügt, wonach durchgesetzte Akkorde nur dann geändert werden dürfen, wenn Materialänderungen oder solche technischer oder organisatorischer Art vorgenommen würden. Als die Unternehmer der westlichen Schwerindustrie im Sommer 1930 den Lohnabbau einleiteten, forderten sie zuerst die Beseitigung dieser Bestimmung, damit sie die Akkorde wieder „beweglich“ gestalten könnten. Der Schlichter für Westfalen, Dr. Brahm, tat ihnen den Gefallen. Vom 30. Juni ab kam diese Bestimmung in Fortfall. Bereits am 15. und 16. Juni kündigten die Unternehmer, um ab 1. Juli die Akkorde zu reduzieren. Nicht alle Arbeiter der Schwerindustrie ließen sich diese Akkordkürzungen gefallen. Weil der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine im Verlauf dieser Akkordkämpfe ausgesperrten Mitglieder unterstützte, erhoben die Eisenindustriellen Ende August 1930 beim Arbeitsgericht zu Berlin eine Schadensersatzklage gegen den DMV. Bei der Firma Schnutenhaus & Linnmann in Essen war der Kampf erst nach neunwöchiger Dauer beigelegt worden. Die Firma behauptete, aus diesem Arbeitskämpfe einen Schaden von über 90 000 M erlitten zu haben, den sie dem Arbeitgeber-Verband Nordwest zederte. Dieser machte zunächst einen Anspruch von 7000 M geltend.

Das Arbeitsgericht Berlin ist bisher zu einer Entscheidung noch nicht gelangt; es hat mehrfach Beweis erhoben. In der Begründung eines seiner Beweisbeschlüsse erklärte der Vorsitzende, daß Gericht halte den Anspruch des Arbeitgeberverbandes dem Grunde nach für gerechtfertigt. Der DMV sei berechtigt gewesen, seine von der Firma Schnutenhaus & Linnmann entlassenen Mitglieder zu unterstützen, er habe aber über den Betrieb der Firma keine Sperre verhängen dürfen. Diese Sperre bedeute für die bisher nicht in diesem Betrieb beschäftigt gewesen Arbeiter einen Kampf um eine überhöhten Lohnhöhe. Diese aber sei tarifwidrig. Eine Sperre sei verhängt worden durch das Aufstellen von Posten, sowie durch die Verbreitung von Flugblättern. Notwendig aber sei noch eine Beweiserhebung über die Höhe des durch die Sperre verursachten Schadens, denn nur diesen könne die Firma ersetzt verlangen, nicht den gesamten durch den Arbeitskämpfe verursachten Schaden.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat beschlossen, gegen den Arbeitgeber-Verband Widerklage zu erheben und seinerseits Ersatz des aus dem Vorgehen der Unternehmer dem Verbands entstandenen Schadens zu verlangen.

Zur Erläuterung diene folgendes: Die Weigerung, zu den von den Firmen festgesetzten Akkorden zu arbeiten, führte zur Entlassung auch der Betriebsräte verschiedener Werke. Im Einvernehmen mit der Organisation unter Gewährung von Rechtsschutz erhoben diese Klage gemäß § 96 BRG auf Fortsetzung ihres Arbeitsverhältnisses. Die durch den Arbeitgeberverband vertretenen Firmen stellten in diesen Prozessen, ebenso wie der Arbeitgeberverband in dem gegen den DMV angestregten Schadensersatzprozeß die Behauptung auf, der Arbeitgeber sei auf Grund der tarifvertraglichen Bestimmungen zur einseitigen, für den Arbeiter verbindlichen Festsetzung der Akkorde berechtigt, wenn über eine Abänderung bestehender Akkorde eine Verständigung nicht zustande auf den Wortlaut des Tarifvertrages wie auch auf dessen Ge-

schichte und die bisherige Tarifübung auf das entschiedenste bestritten.

Das Landesarbeitsgericht Dortmund hat in einem Prozeß gegen die Firma Both & Tilmann zu Dortmund wegen der Entlassung der Betriebsratsmitglieder entschieden, der Arbeitgeber sei nicht zur einseitigen Festsetzung der Akkorde berechtigt. Daher liege in der Weigerung der Belegschaft, am 1. Juli zu den vom Arbeitgeber einseitig festgesetzten Akkorden zu arbeiten, keine beharrliche Arbeitsverweigerung im Sinne des § 123, Ziffer 3 der Gewerbeordnung. Das Landesarbeitsgericht verurteilte die Firma zur Weiterbeschäftigung der Betriebsratsmitglieder. Das Reichsarbeitsgericht hat mit Urteil vom 16. Mai 1931 die Revision der Firma verworfen.

Das Reichsarbeitsgericht stimmt dem Ergebnis des Landesarbeitsgerichts in Dortmund zu, begründet allerdings sein Urteil wesentlich abweichend. Es führt aus, daß der Arbeitgeber auf Grund der tarifvertraglichen Bestimmungen berechtigt sei, wenn über eine Änderung bestehender Akkorde eine Verständigung nicht zustande komme, diese von sich aus für den Arbeiter bindend festzusetzen. Der Arbeiter sei verpflichtet, zu diesen Akkorden zu arbeiten. Seine Leistungspflicht beginne aber erst nach Ablauf der arbeitsvertraglichen Kündigungsfrist, gerechnet vom Tage der Bekanntgabe der veränderten Akkorde an den Arbeiter. Die Firma Both & Tilmann hatte die Akkorde zwar am 16. Juni gekündigt, aber erst am 30. Juni der Belegschaft bekanntgegeben, welche Änderungen sie daran vorzunehmen beabsichtige. Nach der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts konnte sie daher erst nach Ablauf der arbeitsvertraglichen Kündigungsfrist (14 Tage), gerechnet vom 30. Juni ab, die Arbeit zu diesen herabgesetzten Akkorden verlangen. Die Entlassung am 1. Juli, weil die Betriebsratsmitglieder nicht zu diesen herabgesetzten Akkorden bereits arbeiten wollten, sei ungerechtfertigt.

Diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ist ausschlaggebend auch für den vom Arbeitgeber-Verband Nordwest gegen den DMV angestregten Schadensersatzprozeß. Nicht nur die Firma Both & Tilmann in Dortmund, sondern auch die Firma Schnutenhaus & Linnmann in Essen, auf die der Schadensersatzprozeß gestützt wird, haben erst am 30., zum Teil am 28. und 29. Juni, die Akkordkürzungen den Belegschaften bekanntgegeben. Sie alle haben am 1. oder 2. Juli ausgesperrt, soweit die Belegschaften sich weigerten, die Akkorde anzuerkennen. Diese Aussperrungen sind nach der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts entgegen den Bestimmungen des Tarifvertrages erfolgt. Die Arbeitgeber hatten das Recht, Arbeit zu den herabgesetzten Akkorden zu fordern ab 13. bis 15. Juli; sie durften daher nicht bereits am 1. oder 2. Juli aussperrt. Der durch diese tarifwidrige Aussperrung dem DMV durch Zahlung von Unterstützung an die ausgesperrten Mitglieder entstandene Schaden wird mit der erhobenen Widerklage geltend gemacht. Er beträgt mindestens 150 000 M. Die Widerklage lautet zunächst auf Zahlung von 7000 M.

Mit der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ist aber auch die Schadensersatzklage des Arbeitgeberverbandes Nordwest gegen den DMV erledigt. Hat die Firma Schnutenhaus & Linnmann entgegen den Bestimmungen des Tarifvertrages ausgesperrt, so kann sie keinen immer gearteten Schadensersatzanspruch geltend machen, denn die Abwehr eines tarifwidrigen Verhaltens ist selber niemals tarifwidrig.

Der Kampf gegen den Überfluß

In Nr. 30 der Brücke, einer Beilage des Berliner Tageblatts, werden eine Reihe Beispiele angeführt, wie der Mensch sich des Überflusses zu erwehren versucht:

„In Ceylon pflückt man von jeder Teezpflanze statt drei nur zwei Blätter und drückt dadurch im Jahre 1930 die Ernte um 75 Millionen Pfund herunter. In Griechenland verbot man schon 1904 die Neuanpflanzung von Korinthen, und Ende 1909 wurde durch Gesetz die Ausrodung von Weinbergen angeordnet. Bis 1913 wurden aus diesem Grunde 300 000 Hektar vernichtet. In Brasilien ließ man 400 Millionen Kaffeesträucher eingehen und verringerte dadurch die Produktion auf 15 Millionen Sack, von denen man glaubte, daß sie genügen, um ausreichende Preise zu sichern. Der Überfluß an Diamanten wird in weitläufigen Banksafes verstaubt. Ein Flugzeug bringt wöchentlich dreimal ganze Säcke davon nach Kapstadt, wo sie spurlos verschwinden, damit der Preis dieses kostbaren Steins sich hält. In Brasilien vernichtet man mehr Kaffee, als überhaupt getrunken wird, und ganze Pfefferernten senkt man ins Meer. 60 000 Sack Kaffee sollen vom brasilianischen Kaffee-Valorisierungsinstitut zum Düngen verwandt werden, um den Markt zu entlasten. Die Holländisch-Indische Handels-Compagnie ließ Tausende von Zentnern Gewürze verschwinden, nur um den Preis zu halten. Amerika und Ägypten verbrannten früher Baumwolle, und daß man in der Neuen Welt die Lokomotiven mit Weizen heizte, klingt wie ein Hohn auf Hungersnot und Elend in anderen Weltteilen.“

Das Bestreben, die Preise hoch zu halten, ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten wird der Absatz mehr oder weniger durch das

Angebot reguliert. Welche Mittel dazu angewandt werden, kann man aus den obigen Beispielen ersehen. Sie ließen sich vermehren. Hinweisen wollen wir nur noch auf den sogenannten Beimischungszwang. In Deutschland muß beispielsweise dem Motortreibstoff Spiritus beigemischt werden, um die hohe inländische Spirituserzeugung abzusetzen. Roggenmehl muß dem Weizenmehl beigemischt werden, um den Roggenmehlmarkt loszuwerden usw. In den südamerikanischen ABC-Staaten muß jeder Kohlenimporteur nachweisen, daß er für so und soviel Tonnen eingeführte Kohle so und soviel einheimische Produkte, Weizen, Kaffee usw., eingekauft hat, um sie den Kohlen beizumischen. Welche grotesken Mittel auch angewandt werden mögen, um die Mehrproduktion zu vernichten, überschreiben kann man so etwas nur mit dem Wort: Wahnsinn!

Dokumente aus der „Großen Zeit“

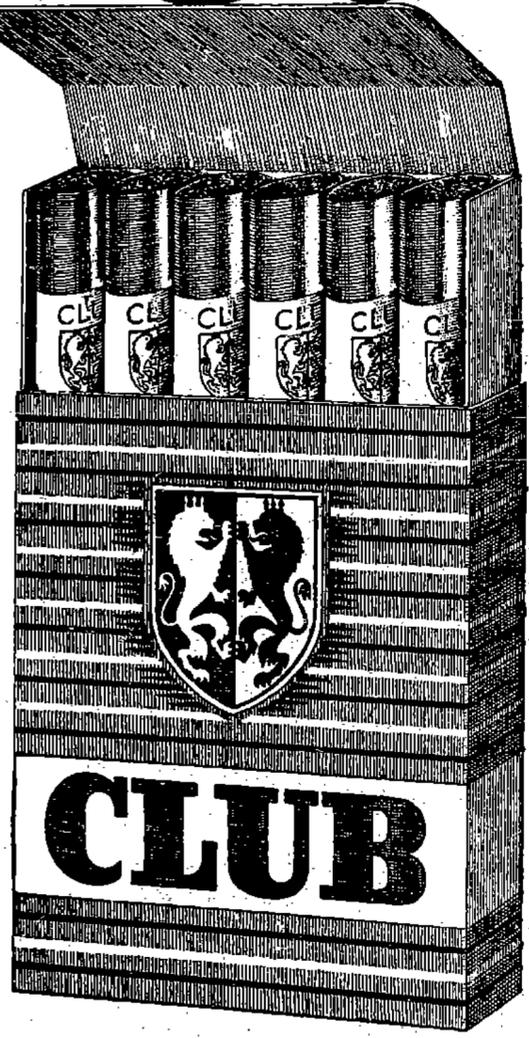
„Lebenserinnerungen“ (General Karl Litzmann):

„Um 3 Uhr morgens wird auf den Höhen südwestlich der Stadt aufmarschiert und eine dichte Schützenlinie entwickelt. Eine russische Außenwache wird mit dem Bajonett niedergemacht, und wir kommen ohne Schuß in die Stadt. Der Erfolg belebt noch einmal, es geht vorwärts durch die nächtlichen Straßen. Rechts und links splintern Haustüren; Grenadiere und Fusiliere dringen in die Gebäude und holen die schlafenden Russen heraus. Was sich nicht ohne weiteres ergibt, wird lautlos niedergestochen. Hier fordert die Lage ganze Arbeit zu machen.“

Bahn frei

für das Neue und Bessere! **CLUB** ist größer und dicker, dabei garantiert rein macedonisch (für 3 1/3 Pfennig!!) Millionen Raucher, die enttäuscht waren, haben sich jetzt entschieden

für die neue
CLUB 3 1/3



SCHRIFTENSCHAU

Amphitrite. Ein Roman von Vicente Blasco Ibañez. Übersetzt von Otto Albrecht von Bebbler. Das Buch kostet in Leinen gebunden 3 M. Verlag: Die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. — Der Verfasser hat es verstanden, uns in spannender und dramatischer Weise das Leben eines Spaniers vor Augen zu führen, der in frühester Kindheit vom Meere so starke Eindrücke erhält, daß er Seemann werden will. Als Seemann und Kapitän fährt er in die Welt hinaus. Eine deutsche Spionin bringt ihn dazu, Material für die U-Boote zu fahren. Das Passagierschiff, auf dem sich sein eigener Sohn befindet, wird torpediert. Dadurch erbittert, schwört er Vergeltung und fährt nun Kriegsmaterial für die Verbündeten, die mit ihrer Flotte vor den Dardanellen liegen. Auch sein Schiff wird dann von den Deutschen versenkt. Ibañez schildert dies alles sehr lebendig. Seine Art, zu erzählen, ist fesselnd und die Liebe zum Meere so ungeheuer groß, daß man von seiner Begeisterung mitgerissen wird. Ruco.

Das Panama der Nordwolle. Die Lahusen, verkrachte Führer der Wirtschaft. Bearbeitet von Alfred Faust. Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW 68. Preis 10 Pf. Faust schildert aus bester Kenntnis das Wachsen dieses Textilzentrums. Es ist ein Roman, den ein Dichter so phantastisch nicht erfinden könnte. Der Aufstieg der Lahusen, ihr Luxusbedürfnis und ihre Arbeiterschikaniererei wird mit viel-

fach unbekanntem Material aufgezeichnet. Den Gewerkschafter geht besonders der heftige Kampf an, den die Lahusen gegen die Gewerkschaften und für ihre gelben Schützlinge geführt haben.

Die öffentliche Berufsberatung, ihr Vollen und Wirken. Von Dr. Rudolf Wiedwald. Heft 3 der Fortbildungsschriftenreihe für das Personal der Arbeitsämter. Preis 1,40 M. Verlag: Zentralverband der Angestellten (Otto Urban), Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41. Verbunden mit einem historischen Rückblick wird die Organisation der Berufsberatung in der Reichsanstalt aufgezeichnet.

Ehrenrangliste für das dritte Reich. Von Dr. Helmut Klotz. Verlag der A. P. Korrespondenz, Berlin NW 87, Siegmundhof 12. Preis 50 Pf. Die vorliegende Schrift gibt einen Ausschnitt aus dem Persönlichkeitsleben und den Persönlichkeitswerten der nationalsozialistischen Führerschaft. Man erhält den Eindruck, daß das deutsche Volk auf diese Führerschaft nicht stolz zu sein braucht.

Hauswirtschaftlicher Lehrdienst des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit. Es handelt sich um Vorträge, die von der Gruppe Hauswirtschaft beim RKW angelegt und vor der Veröffentlichung begutachtet wurden. Heize wirtschaftlich in Ofen und Herd. Vortrag 4: Kachelöfen und Kachelherde. Vortrag 5: Eisenerne Öfen und eiserner Herde. Beide Vorträge sind durch Bilder erklärt und von der Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffersparnis e. V., Berlin, bearbeitet. Preis je Heft 50 Pf. Verlag: Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, Berlin NW 6, Luisenstraße 58/59.

Lungenkrankheiten

Das erfolgreichste reinerpflanzliche Heilmittel von **Lungenkrankheiten** besteht aus dem Extrakt der **Waldschnecke**. Dieses Heilmittel entspricht der Grundforderung für jedes Heilmittel, es soll ohne Nebenwirkungen sein. Es hat sich bei allen Lungenkrankheiten bewährt, besonders bei Bronchitis, Emphysem, Tuberkulose, Keuchhusten, Lungenentzündung, Pleuritis, Herz-Kreislauferkrankungen, Nervenleiden, Bluthochdruck, Gicht, Rheuma, Migräne, Schlaflosigkeit, Verdauungsstörungen, Bluthochdruck, Gicht, Rheuma, Migräne, Schlaflosigkeit, Verdauungsstörungen.

Das erfolgreichste reinerpflanzliche Heilmittel von **Lungenkrankheiten** besteht aus dem Extrakt der **Waldschnecke**. Dieses Heilmittel entspricht der Grundforderung für jedes Heilmittel, es soll ohne Nebenwirkungen sein. Es hat sich bei allen Lungenkrankheiten bewährt, besonders bei Bronchitis, Emphysem, Tuberkulose, Keuchhusten, Lungenentzündung, Pleuritis, Herz-Kreislauferkrankungen, Nervenleiden, Bluthochdruck, Gicht, Rheuma, Migräne, Schlaflosigkeit, Verdauungsstörungen.

Strümpferheiler Nr. 66 mit genähter Zehen- und Fersepartie. **Strümpferheiler Nr. 66** mit genähter Zehen- und Fersepartie. **Strümpferheiler Nr. 66** mit genähter Zehen- und Fersepartie.

Josef Witt, Weiden

Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwarenfabriken und eigenem Ausrüstungswerk!
2500 Arbeiter und Angestellte • 31472 Spindeln in eigener Spinnerei • 1800 mechanische Webstühle in eigenen Webereien
700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen.
90000 Nachbestellungen auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt.
Der unstärkste Beweis der Güte und Billigkeit. Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist für Nutzen **Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.**
Bei Bestellung von Mk. 15.— an erhalten Sie auf diese Preise

noch 5% Rabatt!
Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch **eine brauchbare Schlafdecke** mit kleinen unscheinbaren Fehlern.

Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk. Pf.	Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk. Pf.
8	0.20	70 cm	0.20	17	1.15	150 cm	1.15
9	0.38	80 cm	0.38	18	0.70	50x30 cm	0.70
10	0.18	70 cm	0.18	19	0.70	30x30 cm	0.70
11	0.28	40 cm	0.28	20	0.70	45x45 cm	0.70
12	0.28	78 cm	0.28	Ungeheuer vorteilhaft!			
13	0.38	78 cm	0.38	21	0.36	100 Meter	0.36
14	0.30	70 cm	0.30	Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je dergewünschten Meter- oder Stückzahl.			
15	0.40	80 cm	0.40	Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an, portofreie Lieferung von Mk. 20.— an.			
16	0.50	80 cm	0.50				

Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, daß Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten außergewöhnlich günstig erhalten haben.

Josef Witt, Weiden 84 Oberpf.
Webwaren
Fabrikation — Ausrüstung — Versand

Zur Gesichts-Bräunung

Das erfolgreichste reinerpflanzliche Heilmittel von **Lungenkrankheiten** besteht aus dem Extrakt der **Waldschnecke**. Dieses Heilmittel entspricht der Grundforderung für jedes Heilmittel, es soll ohne Nebenwirkungen sein. Es hat sich bei allen Lungenkrankheiten bewährt, besonders bei Bronchitis, Emphysem, Tuberkulose, Keuchhusten, Lungenentzündung, Pleuritis, Herz-Kreislauferkrankungen, Nervenleiden, Bluthochdruck, Gicht, Rheuma, Migräne, Schlaflosigkeit, Verdauungsstörungen.

Billige böhmische Bettiedern

Das erfolgreichste reinerpflanzliche Heilmittel von **Lungenkrankheiten** besteht aus dem Extrakt der **Waldschnecke**. Dieses Heilmittel entspricht der Grundforderung für jedes Heilmittel, es soll ohne Nebenwirkungen sein. Es hat sich bei allen Lungenkrankheiten bewährt, besonders bei Bronchitis, Emphysem, Tuberkulose, Keuchhusten, Lungenentzündung, Pleuritis, Herz-Kreislauferkrankungen, Nervenleiden, Bluthochdruck, Gicht, Rheuma, Migräne, Schlaflosigkeit, Verdauungsstörungen.

Stoffe

Das erfolgreichste reinerpflanzliche Heilmittel von **Lungenkrankheiten** besteht aus dem Extrakt der **Waldschnecke**. Dieses Heilmittel entspricht der Grundforderung für jedes Heilmittel, es soll ohne Nebenwirkungen sein. Es hat sich bei allen Lungenkrankheiten bewährt, besonders bei Bronchitis, Emphysem, Tuberkulose, Keuchhusten, Lungenentzündung, Pleuritis, Herz-Kreislauferkrankungen, Nervenleiden, Bluthochdruck, Gicht, Rheuma, Migräne, Schlaflosigkeit, Verdauungsstörungen.

Zur Gesichts-Bräunung

Das erfolgreichste reinerpflanzliche Heilmittel von **Lungenkrankheiten** besteht aus dem Extrakt der **Waldschnecke**. Dieses Heilmittel entspricht der Grundforderung für jedes Heilmittel, es soll ohne Nebenwirkungen sein. Es hat sich bei allen Lungenkrankheiten bewährt, besonders bei Bronchitis, Emphysem, Tuberkulose, Keuchhusten, Lungenentzündung, Pleuritis, Herz-Kreislauferkrankungen, Nervenleiden, Bluthochdruck, Gicht, Rheuma, Migräne, Schlaflosigkeit, Verdauungsstörungen.

Blase Arbeitsanzüge

Das erfolgreichste reinerpflanzliche Heilmittel von **Lungenkrankheiten** besteht aus dem Extrakt der **Waldschnecke**. Dieses Heilmittel entspricht der Grundforderung für jedes Heilmittel, es soll ohne Nebenwirkungen sein. Es hat sich bei allen Lungenkrankheiten bewährt, besonders bei Bronchitis, Emphysem, Tuberkulose, Keuchhusten, Lungenentzündung, Pleuritis, Herz-Kreislauferkrankungen, Nervenleiden, Bluthochdruck, Gicht, Rheuma, Migräne, Schlaflosigkeit, Verdauungsstörungen.

Franz Böhme

Das erfolgreichste reinerpflanzliche Heilmittel von **Lungenkrankheiten** besteht aus dem Extrakt der **Waldschnecke**. Dieses Heilmittel entspricht der Grundforderung für jedes Heilmittel, es soll ohne Nebenwirkungen sein. Es hat sich bei allen Lungenkrankheiten bewährt, besonders bei Bronchitis, Emphysem, Tuberkulose, Keuchhusten, Lungenentzündung, Pleuritis, Herz-Kreislauferkrankungen, Nervenleiden, Bluthochdruck, Gicht, Rheuma, Migräne, Schlaflosigkeit, Verdauungsstörungen.